Verblödungsindustrie als Weltwirtschaftsmacht
Fünfunddreißig Jahre Kino — Sein Erfinder hungert

In einem Berliner Vergnügungspalast werden während des Monat November „Lebende Bilder" gezeigt: Einfahrender Eisenbahnzug, ein Verkehrsbild vom Alexanderplatz, eine gemütlich daherwackelnde Pferdebahn, Wachtparade unter den Linden usw. usw. Es sind dies Bilder, die z. T. ab 1. November 1895 in demselben Lokal erstmalig einem größeren Publikum als neueste Erfindung vorgeführt wurden. Dieser Tag kann als die Geburtsstunde des Kinematographen angesprochen werden. Der Kientopp feiert seinen 35jährigen Geburtstag!

Die Direktion des Vergnügungsunternehmens ist gerissen genug, zusammen mit den alten primitiven Bildern dem sensationslüsternen Publikum auch den noch lebenden Erfinder in Person auf der Bühne zur Schau zu stellen, als Kassenstück, zur Erhöhung des Profits. Das Ganze wird „Erfinderehrung" genannt. Und die gesamte Presse, von ganz rechts bis „ganz links", die von dem Rummelunternehmen durch Inserate bestochen ist und deshalb nicht die Wahrheit schreiben darf, lügt unisono und um die Wette, daß der Erfinder auf seine alten Tage nach jahrzehntelangen Entbehrungen, Demütigungen und Widerwärtigkeiten „einen schönen, wenn auch späten Triumpf" erlebt.

*

Der größte amerikanische Filmtrust Warner Brothers hat unlängst den großen Radio-, Sprechmaschinen- und Schallplatten-Konzern Brunswick-Balke-Collender Co. geschluckt. Die Firma Warner wurde 1915 als Filmfabrik und Verleih gegründet. Die Filme, Bilder vom europäischen Kriegsschauplatz, Dokumente für die Wirksamkeit der amerikanischen Waffen und Munition an europäischen Proletenleibern und Kulturgütern, Betäubungsmittel für amerikanische Arbeiter und Anreißer für die Munitionshyänen, leiteten einen wahren Goldstrom in die Kassen von Warner Brothers. Mit ihm erwarb und gründete die Firma sehr schnell eine große Reihe von Lichtspieltheatern, mit ihm drehte die Firma Warner Brothers kleineren Film- und Kinokonzernen das Lebenslicht aus, erwarb Farbenfilmgesellschaften usw. Mit den gescheffelten Riesenprofiten aus der Verblödung der Massen stießen die Brüder Warner in das Geschäft des unlängst erfundenen Tonfilms und verschafften sich eine vorherrschende Stellung in der Tonfilmproduktion. Der Warner-Trust, der 1928 „nur" 2 Millionen Reingewinn hatte, schüttete 1929 schon 17,3 Millionen Dollar als Dividende und Tantiemen aus. Die „Beteiligung" an der Brunswickgesellschaft mit 50 Millionen Dollar war die letzte „Abrundung".

So nett nun dieser Milliarden-Verblödungstrust dasteht, so rund ist er nun allerdings nicht. Der Brunswick-Konzern steht nämlich in „technischer Interessengemeinschaft" mit der Polyphon-Gesellschaft, dem maßgebenden deutschen Schallplattenkonzern, d. h. er beherrscht sie, resp. bestimmt deren Entwicklung und Preisbildung. Die Polyphon wieder ist Gemeinschaftsbesitz des AEG.- und des Siemens-Konzerns. AEG., Siemens und Polyphon wieder sind Besitzer der deutschen Klangfilm- und der Tobis Tonfilmgruppen. Die deutsche Küchenmeister-Gruppe wieder gehört dem Warner-Trust.

Auch dieses Bild, so international es ist, so wenig rund ist es. Der große amerikanische Filmkonzern Paramount-Famous-Lasky, der auch am Unterhaltungsfunk beteiligt ist und dem der William-Fox-Film- und Kinokonzern gehört, wird beherrscht von der Telephon- und Sprechfilm-Gesellschaft Western Electric Co., einer Tochtergesellschaft der American Telephone and Telegraph Co., dem führenden amerikanischen Telephonbau- und -betriebskonzern.

Lassen wir dies Gebilde einen Augenblick stehen.

Der größte Rundfunkfabrikant der Welt, die Radio Corporation of America hat trotz der hereinbrechenden Wirtschaftskrise im Sommer dieses Jahres ihr Kapital verdoppelt. Die neuen Aktien übernehmen die beiden größten Elektrogiganten der Welt, die General Electric Co. und die Westinghouse Electric and Manufacturing Co. Die Fabrikation der Radio Corp., die bisher von den beiden Elektrotrusts ausgeführt wurde, wird jetzt in eigenen Werken der Radio Corp. betrieben. Die beiden Elektrogesellschaften, die bisher nur den vierten Teil des Kapitals der Radio Corp. besaßen, beherrschen sie jetzt mit 75 Prozent des Kapitals ganz. Die Radio Corp. produziert etwa ein Viertel aller Radioapparate und Zubehörteile der USA. Der Gesamtwert der USA.-Radioproduktion wird auf 1 Milliarde Dollar geschätzt gegen 1 Milliarde Mark in Deutschland. Der Wert der Filmproduktion wird nicht geringer sein. Gleichzeitig beherrscht die Radio Corp. die größte Schallplattenfabrik der Welt, die Victor Talking Machine Co. und den Löwenanteil des amerikanischen Sprechmaschinengeschäfts. Sie hat in der ganzen Welt Tochtergesellschaften, in Deutschland die Elektrola-Gesellschaft. Durch ihre Broadvasting Co. und deren Untergesellschaften beherrscht die Radio Corp. den größten Teil des amerikanischen Rundfunks, besitzt eine große Zahl von Funkstationen und beherrscht damit den drahtlosen Nachrichtenverkehr in Amerika und zwischen Amerika und der gesamten übrigen Welt. Maßgebend beherrscht wird die Radio Corp. von dem Stahl-, Schiffahrts- und Finanztrustgewaltigen Morgan, der sie durch seine Banken mit Kapital und mit seinen Eisen-, Metall- und Stahlinteressen mit Rohstoffen versorgt. An der Spitze des Verwaltungsrats dieses größten Verblödungstrusts der Welt steht der Beherrscher der General Electric Co. Owen Young, der dem „deutschen" „Plan" seinen Namen gab.

Damit wäre noch kein Kreis gezogen, aber ein Netz um die Welt gespannt, in dem alle die Film- und Kino-, die Verblödungs-, Vergnügungs-, Unterhaltungs-, Nachrichten- etc. Unternehmen nach dem Willen einiger Kapitalskönige zappeln. Die AEG., die zusammen mit Siemens durch Polyphon mit Warner Brothers zusammengekoppelt ist, ist ein Zweigunternehmen der General Electric Co. des Owen Young, die die Radio Corp. beherrscht. Dem anderen Partner im Besitz der Radio Corp. der American Telephone and Telegraph Co., ist wieder Siemens hörig. Beide, zusammen mit Siemens und AEG., sind neben anderen gemeinsamen Kapitalsinteressen über das Telephongeschäft zusammengekoppelt mit Ivar Kreuger, dem Weltherrscher in Zündhölzern und Kugellagern, dem Besitzer von Erz-, Bank- und Schiffahrtskonzernen, der durch Zündholzmonopole und Darlehn rund 20 Staaten politisch beeinflußt. Von einer anderen Front aus beeinflussen die beiden amerikanischen Elektroriesen zusammen mit den ihnen hörigen deutschen Kollegen im Elektrogeschäft die Welt politisch über ihre Kapitalkraft in den Finanz-, Stahl- etc. Trusts. Die in wenigen Händen zusammengeschlossene Weltverblödungsindustrie, von der direkt und indirekt auch alle nichtgenannten deutschen und ausländischen Film- und Kino-Unternehmen, Radio-, Funk- und Musikmaschinengesellschaften abhängig sind, ist den Kapitalskönigen nicht nur Erwerbsmittel; mehr ist sie politische Waffe, um die Menschheit, vor allem das Proletariat geistig so zurechtzustutzen, wie sie es für ihre Profit- und Machtinteressen nötig haben.

*

In der Schönhauser Allee 56 im Norden Berlins, einem ausgesprochenen Proletarierviertel, in einem häßlichen grauen Hause mit abbröckelnden Kalkwänden haust im fünften Stock in einer ärmlichen Wohnung ein Mann, 65jährig erst, aber vom Kampf ums Dasein, von Mühen und Sorgen hart mitgenommen und über seine Zeit gealtert. Er schlägt sich mühsam durchs Leben vom Verleih alter Filmstreifen, die heute hier und da in einem Kino als Zeichen der Rückständigkeit der Welt vor 25 und mehr Jahren gezeigt werden. Es ist Max Skladanowski, der zusammen mit seinem verstorbenen Bruder vor 35 Jahren das Kino erfand, derselbe, den das genannte Vergnügungsetablissement auf die Bühne zur Schau gestellt hat — wie man junge Löwen und Giftschlangen, alte Spinnräder und irdene Kochtöpfe ausstellt. Man gibt dem alten Mann ein paar hundert Mark, nicht um ihn vor dem Verhungern zu schützen, ach nein, das schert die Profithyänen nichts — sondern weil man auch für jedes zur Schau gestellte Museumsrequisit Leihgebühren bezahlen muß.

Max und Emil Skladanowski, zwei junge Polen konstruierten bereits 1892 einen Photoapparat für Reihenaufnahmen, 8 Bilder pro Sekunde. Dann kam der Zelluloidfilm. 1895 meldeten sie den von ihnen konstruierten Projektionsapparat, den sie Bioskop nannten, zum Patent an. Das Bioskop erhielt das Patent Nr. 88 599. Mit dieser Erfindung wurden die Brüder in einem kleinen Berliner Vorortlokal von dem Direktor jenes Vergnügungsetablissements aufgestöbert und mit den Worten angeredet: Meine Herren, Sie sind Millionäre! Er engagierte sie beide mit ihrem Bioskop für 75 Mark Tagesgage.

Als das lenkbare Luftschiff von Zeppelin nach einem Leben voll Arbeit konstruiert war, „erfand" all und jeder ein Luftschiff; mit dem Flugzeug ging es ebenso. Zwei Monate nach dem denkwürdigen Auftreten der Brüder Skladanowski in Berlin, fünf Jahre nachdem sie den Reihenphotoapparat konstruiert, aber seine kapitalistische Verwertung nicht ausgenützt hatten, kamen die Brüder Lumiere in Lyon in Frankreich mit ihrem Cinematographe heraus und ein ganzes Jahr später der große Amerikaner und Berufserfinder Edison mit seinem Kinetoskop. Beide Erfindungen waren unvollkommener als die der Skladanowskis. Hinter sie wurde aber „kaufmännischer Seite", Kapital gesetzt, beide hatten Eigenkapital, die Skladanowskis waren arme Schlucker. Während sie ihre Erfindung auf Reisen in der Provinz vorführten und ihr Patent im Patentamt ruhte, wurde die industrielle Fabrikation vorbereitet. In kurzer Zeit wurde den Erfindern des Kinos die Luft abgedreht. Mit ihrer Erfindung wurden Milliarden verdient, sind Milliarden investiert, dem noch lebenden Max Skladanowski gehört nicht ein Tausendmarkschein, nicht eins der 70 000 Kinos der Welt, man zeigt ihn selbst auf der Bühne als Kuriosität. — „Erfinderehrung."

Bourgeoisie und dumme Proleten erheben gegen den Kommunismus den Einwand, daß in ihm der Anreiz zum Schaffen und Arbeiten fehlen werde, weil es keinen Reichtum auf Kosten anderer geben werde. Die meisten der wirklichen großen Erfinder sind elend zugrunde gegangen, während Parasiten auf ihrem Rücken schmarotzten. Der Erfinder des Jaquardstuhls (Buntwebmaschine), der Franzose Jaquard, wurde vor ein paar Jahren in Paris in einer Mansarde dreiviertel verhungert aufgefunden. Als man für ihn eine nicht unbeträchtliche Summe zusammengebettelt hatte, war er tot. Nun, der Pole Skladanowski, den man heute als „großen Deutschen" feiert, morgen wird er wieder hungern. Das ist Kapitalismus.

Noch sind Kino, Radio, Musikmaschine Verblödungsmittel in der Hand der Bourgeoisie. Das siegreiche Proletariat wird ein Aufklärungs- und Bildungsmittel, einen Kulturfaktor aus ihnen machen.

R. P.

Song der Gewerkschaftssekretäre

Der Karpfen wälzt sich träg im Teich,
Im Schlamme liegt sich's gut und weich.
Auch wir sind Karpfen tief im Schlamm
In Moskau und in Amsterdam.
Von Zeit zu Zeit ist's dennoch gut,
Wenn man so tut, als ob man tut.
Gott befohlen, Gott befohlen,
Laßt uns dem Werkvolk zwei Groschen holen.

Im Wirtschaftsfrieden lebt sich's fein,
Denn viel Beiträge laufen ein.
Doch macht man einmal einen Streik,
Kommt man auf keinen grünen Zweig.
Am besten ist ein Kompromiß,
Das hilft den Arbeitern gewiß.
Gott bewahre, Gott bewahre,
Unsere Bäuche und grauen Haare.

Man schenkt uns die Gehälter nicht,
Etwas zu tun ist unsere Pflicht.
Der Unternehmer ist ein Mann,
Der uns in vielem nützen kann.
Drum sei man nicht zu radikal,
Vielleicht braucht man ihn auch einmal.
Gott erlasse, Gott erlasse,
Daß je dies ein Prolet erfasse.

Es nährt am besten der Verrat
Der Klasse an den Klassenstaat.
Drum nur keine Revolution!
Wo bliebe da die Tradition,
Wenn das, was wir gebaut, zerfällt
Und man uns an die Wände stellt.
Gott verschone, Gott verschone
Uns vor der Märtyrerkrone!

Aus der Wirtschaft

Bereits 3¼ Millionen Feiernde
Eine Zunahme im Oktober von ¼ Million.

Es wird amtlich verlautet, daß am 31. Oktober die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden sich auf 3 323 000 belief, wovon etwa 3 253 000 als Arbeitslose angesehen werden müssen. In der zweiten Oktoberhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um 137 000 gestiegen, gegenüber einer Zunahme von 112 000 in der ersten Oktoberhälfte. Die Zunahme für den gesamten Monat beträgt also rund eine Viertelmillion. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt 1 561 000, in der Krisenunterstützung 511 000.

Stete Zunahme derer, die aus der Produktion fliegen. Aber nicht nur das. Stete Zunahme auch derjenigen, die aus der Versicherung und Krisenfürsorge herausrationalisiert werden — und diese Zahl beträgt bereits **über eine Million.** Und dieser katastrophale Zustand wird noch begleitet durch den Abbau der Krisenunterstützung sowie der Wohlfahrtsunterstützung. Was macht das schon aus, bekommen ja Hunderttausende bereits überhaupt keine Unterstützung mehr. Es ist eine „Lust zu leben" innerhalb dieser Republik.

Zwölf Mark Lohnabbau pro Woche

Auch die Werftindustriellen ergreifen die Offensive, um planmäßig die Löhne abzubauen. Da das Lohnabkommen formal noch nicht gekündigt werden kann, richtet sich der Angriff gegen die Akkordlöhne. So kündigt die Kruppsche Germania-Werft in Kiel an, die Akkordlöhne in ihren Gießereibetrieben um nicht weniger als 12 Mark pro Woche zu kürzen.

Der Arbeitgeberverband für die oberbergische Textilindustrie hat den Lohntarif und das Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie zum 31. Dezember gekündigt. Die Unternehmer setzen sich auch hier zum Prinzip, die ohnehin schlechten Löhne auch hier abzubauen.

Für die schleswig-holsteinische Zementindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnabbau von durchschnittlich 6 Prozent vorsieht. In der Begründung des Schiedsspruches wurde unter anderem vom Schlichter betont, daß „die gesamten selbständigen Volksgruppen einen Kampf um ihre Lebensinteressen führen, der an Schwere dem der Arbeiterschaft nicht nachsteht".

1000 auf einen Schlag
Massenentlassungen bei der Württembergischen Metallwarenfabrik.

Die Direktion der Württembergischen Metallwarenfabrik Geislingen bereitet die Entlassung von etwa **1000 Arbeitern und 100 Angestellten** in ihrem Geislinger Hauptbetrieb vor. Angeblich ist der Mangel an Aufträgen der Grund zur Entlassung aus dem Betrieb, der gegenwärtig etwa 4 000 Arbeiter und 350 Angestellte beschäftigt.

Echo des Metallschiedsspruchs für das Ausland

Die Berliner Korrespondenten der führenden englischen Zeitungen haben ihren Blättern eingehende Berichte über die Lohnabbauoffensive in Deutschland und insbesondere zum Berliner Metallschiedsspruch gesandt. Die Zeitungen nennen den Schiedsspruch ein Ereignis von „höchster Wichtigkeit" für das britische Kapital. Es käme darin zum Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer entschlossen seien, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu verschärfen. Deutschland würde zum gefährlichsten Konkurrenten. Auch die englischen Unternehmer und Arbeiter sowie die Regierung müßten sich darüber im klaren sein, daß nunmehr auch in England die entsprechenden Maßnahmen zur „Senkung der Selbstkosten" (d. h. also des Lohnes) durchgeführt werden müßten.

So wird also auch das englische Proletariat vor neuen Klassenauseinandersetzungen mit seinem Klassenfeind, dem englischen Kapital stehen.

3 Millionen Opfer der Arbeit in Amerika

New York, 10. November. Der Handelsminister Lamont mußte berichten, daß im Jahre 1929 bei Betriebsunfällen

23 000 Arbeiter getötet und drei Millionen verletzt

wurden.

Diese Zahlen der Opfer des laufenden Bandes und der Rationalisierung bleiben jedoch ohne Zweifel noch hinter der Wirklichkeit zurück.

Diese Zahlen zeigen uns, daß das von den Gewerkschaften so über den grünen Klee gelobte Land der Dollarsonne in der Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft, dem europäischen Kapital um keinen Deut nachsteht.

Arbeiterverräter avancieren bei der Mansfeld A. G.
Betriebsrat Krüger vom Wolfschacht ist für gute Henkerdienste Förderungs-Aufseher geworden.

Nichts kann der Arbeiterschaft mehr die Augen öffnen als die Beförderung des Hermann Krüger, Helbra, zum Förderungs-Aufseher auf dem Wolfschacht. Mancher Kumpel, der noch während des Streiks hinter den Bonzen des Bergbau-Industrie-Verbandes und Betriebsräten stand, mußte doch endlich stutzig werden. Die revolutionären Arbeiter wundern sich ja nicht über Krügers Beförderung; die Mansfeld-A.-G. muß sich doch für treue Dienste während des Streiks in irgendeiner Art erkenntlich zeigen. Arbeiter! So sehen eure „Arbeitervertreter" aus, für 12 Prozent Lohnabbau stimmten sie seinerzeit; sorgten für Streichung des Urlaubs bis Jahresfrist und erklärten mit zynischer Frechheit: 8 Wochen Streik wären schon eine Art Erholung. Eintreten für „Profit und Produktionssteigerung" ist vor allem die Praxis dieser „Arbeitervertreter" als Betriebsräte. Dafür hält die Mansfeld-A.-G. diese Kapitalslakaien recht warm. Sie brauchen keine Schweißperlen im Betrieb zu verlieren wie jeder gewöhnliche Kumpel. Arbeiter: zieht daraus die Lehren. Gesetzliche Betriebsräte sind zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Betrieb, Gewerkschaften und SPD. stimmen für Brünings Hungerdiktat, das ist Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital! Was habt ihr zu tun, Proletarier? Zertrümmert sie! Schließt euch zusammen in der Betriebsorganisation, als Klasse zur Allgemeinen Arbeiter-Union, wo ihr selbst über euer Schicksal bestimmt.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin
Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstr. 5.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Reich
Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Volkspark, Burgstraße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 47 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post, oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 22. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Roßtäuscherkniff: Preisabbau

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich in Propaganda für die Preissenkung. Die Reichsregierung wendet sich mit einem Appell an die maßgebenden Wirtschaftskreise und verlangt eine Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie. Sie begnügt sich völlig mit diesem Aufruf an das gute Herz der deutschen Kapitalisten. Sie lehnt einen Zwang, einen Eingriff des Staates ab. Lediglich „wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider besserer Erkenntnis" Hindernisse bereitet werden, die nicht anders zu beseitigen sind, will sie in die heiligen Rechte des kapitalistischen Profits eingreifen. Der Segen der Preissenkung soll durch „den Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende" erreicht werden. Es wird dann aufgezählt, was schon durch diesen Druck der öffentlichen Meinung erreicht ist. Die Regierung muß aber selbst erklären, daß sich die Preissenkung noch nicht ausgewirkt hat. Deshalb führt sie der erstaunten Bevölkerung zu Gemüte, daß es an der Zeit ist, wieder den Pfennig zu Ehren zu bringen. Diese Ehrenrettung des Pfennigs ist das ganze Ergebnis der Preissenkungsaktion. Dabei hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der als Lohnabbauminister besonderes Interesse für die Senkung der Lebenshaltungskosten mimt, erklärt: es müsse, wenn eine Lohnsenkung im Ausmaß von einer Milliarde Mark im Reiche durchgeführt werden soll, mindestens eine Preissenkung im Ausmaß von zweieinhalb bis drei Milliarden Mark einhergehen. Dieser gerissene Vertreter der Interessen der Schwerindustrie hat selbst zugeben müssen, daß das Ergebnis des Finanz- und Wirtschaftsprogrammes der Regierung lediglich eine Lohnenkungspsychose gewesen sei.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung enthüllt sich am besten in den Mitteln, die vom Kapital gegen die Wirtschaftskrise angewendet werden. Die stärkste Belastung für das Kapital bildet die steigende Arbeitslosigkeit. Das Funktionieren der deutschen Wirtschaft bzw. ihr Gleichgewicht beruht auf einer normalen Arbeitslosigkeit von sechshunderttausend Personen. Die jetzige Arbeitslosigkeit beträgt aber dreieinviertel Millionen. Da der Absatz der deutschen Wirtschaft zu 80 Prozent im Inland erfolgt, so bedeutet diese Arbeitslosigkeit ein sich immer mehr steigerndes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Das Kapital ist infolgedessen gezwungen, in immer stärkerem Ausmaß zu Entlassungen überzugehen, zumal eine Entlastung durch Steigerung des Exports infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der Absperrung der Grenzen nicht möglich ist. Die Krise steigert auf der einen Seite die Ausgaben des Staates und vermindert auf der anderen Seite die Einnahme. Es entsteht infolgedessen ein sich immer vergrößerndes Defizit. Zur Beseitigung dieses Defizits müssen die Steuern dauernd erhöht werden und durch Entlassungen die Produktionsunkosten gesenkt werden. Dieses hat wieder zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit steigt. Damit vermehren sich wieder die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit. Die Einnahmen gehen infolge des Ausfalls an Lohneinkommen zurück. Es ist dann wieder neuer Steuerdruck erforderlich, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Daraus ergibt sich ein erneuter Zwang zur Rationalisierung, d. h. zur verstärkten Ausbeutung der noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter und zur Entlassung weiterer Arbeiter. Da sich gleichzeitig die Lohnsenkungspsychose auswirkt, so fällt auch die Kaufkraft der Massen. Auf diese Weise ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr, das bereits im Zeichen der Wirtschaftskrise stand, um 25 Prozent zurückgegangen. Dabei sind die Vorräte ständig im Steigen begriffen. Diese Steigerung der Vorräte, die bei fast allen industriellen und Agrarurstoffen vorliegt, führt notwendigerweise ebenfalls zu einer Einschränkung der Produktion und damit zu weiteren Arbeiterentlassungen. Der Höhepunkt der Krise ist nach den übereinstimmenden Anschauungen der bürgerlichen Nationalökonomen noch nicht erreicht. Der von uns aufgezeichnete verhängnisvolle Kreislauf setzt sich immer weiter fort. Einer Preissenkung setzt das Kapital stärksten Widerstand entgegen, weil dadurch seine Produktionsbasis bedroht wird. Die steigende Belastung durch die Wirtschaftskrise senkt selbstverständlich den durchschnittlichen Profit am einzelnen Produkt. Wenn auch die Preise für die Rohstoffe stark rückgängig sind, so wirkt sich dies wegen der noch vorhandenen Lagerbestände, die noch zu alten Preisen eingekauft sind, nicht aus.

Das Kapital drängt jetzt die Kapitalschichten, die den direkten Verkehr mit den Konsumenten haben, zum Preisabbau. Die ganze Schwere der Auswirkungen der Krise wird auf den Einzelhandel abgewälzt. Die Bourgeoisie macht die Verbraucherkreise gegen den Bäcker- und den Schlächtermeister, den kleinen Kolonialwarenhändler scharf, denen man eine zu große Verdienstspanne nachsagt, während das Großkapital bewußt im Hintergrund bleibt. Der Zweck dieser Uebung ist außerordentlich durchsichtig. Die Volkswut soll sich gegen den greifbaren kleinen Mann richten. Das Objekt der Volksempörung wird sozusagen vorbereitet. Die Bäcker- und die Fleischerläden werden sturmfrei gemacht.

Das Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie ist außerordentlich geschickt. Es ist selbstverständlich, daß der „Vorwärts" nun dem Proletariat empfiehlt, alle Energie auf die Preissenkung zu konzentrieren, damit dadurch ein Ausgleich für die Herabsetzung der Löhne geschaffen werden kann. Es passiert ihm dabei das Unglück, daß die Bourgeoisie eifrigst für die Preissenkung der Tarife der städtischen Betriebe Propaganda macht. Warum die Bourgeoisie gerade gegen die Preise und Tarife der kommunalen Betriebe Sturm läuft, ist selbstverständlich. Einmal will sie erst einen Lohnabbau auch innerhalb dieser Betriebe erzwingen, um dadurch den Nachweis zu führen, daß der Gemeindesozialismus für die Arbeiterschaft keine Vorteile bringt. Ferner geht ihr Bestreben dahin, diesen Gemeindesozialismus vor der Arbeiterschaft zu entlarven und aufzuzeigen, daß diese Vertreter der Allgemeinheit dem Preisabbau den stärksten Widerstand leisten. In Wirklichkeit soll damit erreicht werden, daß diese Betriebe sturmfrei zur Uebernahme durch das Privatkapital gemacht werden. Die Bourgeoisie weiß ganz genau, daß die meisten städtischen Haushalte auf den Ueberschüssen der städtischen Betriebe aufgebaut sind und daß diese Ueberschüsse infolge der Wirtschaftskrise einen starken Rückgang erfahren haben. Eine Senkung der Tarife würde also eine Erhöhung der städtischen Steuern zur Folge haben, die sich natürlich nur als indirekte Steuern auf den Massenkonsum auswirken werden. Damit soll politisch das Ende der Beherrschung der Kommune durch die Sozialdemokratie erreicht werden. Eine weitere Vorbereitung in dieser Hinsicht bilden auch Zwangsgesetze für den Gemeindeetat, durch die eine Ausgabenerhöhung unmöglich gemacht werden sollen. Wenn dies erreicht wird, so kann kein Zweifel bestehen, fällt auch die Liebesgabenpolitik der sozialistischen Parteifunktionäre für ihre Parteimitglieder fort.

Die Ziele des Kapitals werden von der kleinbürgerlichen „Welt am Montag" ganz klar formuliert. Es heißt darin: „Die öffentliche Hand erweist sich in dieser schweren Zeit als **der schlimmste Ausbeuter** des Volkes. Die Wirtschaftspolitik dieser Unternehmungen sei lediglich darauf eingestellt, einer gewissen Bürokratie das Dasein angenehm zu gestalten." Warum hetzt der Kleinbürger auch mit und unterstützt die Ziele des Großkapitals? Auch diese Frage liegt ganz klar. Er will dem auf ihn ausgeübten Druck zur Preissenkung dadurch ausweichen, daß er seinerseits durch Senkung seiner Produktionsunkosten seinen Profit erhält. Da diese sich neben den Arbeitslöhnen im wesentlichen aus den Unkosten für Elektrizität, Gas, Wasser, Gewerbesteuern zusammensetzen, so muß er wieder darauf dringen, daß bei diesen Tarifen eine Verbilligung einsetzt. Genau dasselbe Mittel wird gegenüber der Reichsbahn angewendet. Es wird eine 20prozentige Senkung der Gütertarife verlangt. Es ist eine alte Taktik des Privatkapitals, immer Erleichterungen von der öffentlichen Hand zu verlangen, um dann nachzuweisen, daß nicht kaufmännisch gearbeitet ist. Außerdem ist es ja auch nicht einzusehen, warum die der Regierung nahestehenden öffentlichen Betriebe nicht das Regierungsprogramm zuerst erfüllen sollen. Selbstverständlich wehrt sich die Reichsbahn gegen diese Zumutung. Sie berechnet, daß für das laufende Jahr ein Defizit von 200 Millionen in Frage kommt. Sie kann mit Recht darauf hinweisen, daß die Einnahmen in den ersten acht Monaten um 400 Millionen Mark zurückgegangen sind. Eine Tarifsenkung sei daher für sie untragbar. Außerdem behauptet sie, daß sich die Tarifsenkung in den Preisen nicht auswirken würde.

Die Verhältnisse, die bei den Betrieben der öffentlichen Hand vorliegen, sind auch bei den anderen kapitalistischen Unternehmen in mehr oder minder großem Ausmaße gegeben. Der rev. Arbeiterschaft kann es nur gelegen kommen, wenn endlich auch die Phrase von der preisregulierenden Wirkung der öffentlichen Betriebe zerstört und der Gemeindesozialismus der SPD. entlarvt wird. Sie würde nicht einen Finger dafür rühren, daß die städtischen Betriebe vor dem Privatkapital gerettet werden. Die Zusammenhänge sind deshalb so ausführlich aufgezeigt, weil wir bald die Propaganda der SPD. und der Gewerkschaften zur Rettung der städtischen Betriebe erleben werden. Wenn trotz dieses Mißerfolges die Preise zurückgehen, so liegt dies an dem ungeheuren Rückgang der Weltmarktpreise für industrielle Rohstoffe und an dem Druck durch die schnellsinkende Konsumkraft der breiten Massen. Gerade in dem die Lebenshaltung der Arbeiterschaft am meisten berührenden Gebiet der Preise für Agrarprodukte wird das Verhalten der Regierung ungeheuer preissteigernd. Der Agrarminister Schiele hat am 26. Oktober 1930 den Zoll für den Doppelzentner Weizen auf 25,— Mark festgesetzt. Der Weltmarktpreis beträgt 11,— Mark. Infolge dieses Zolles kommt der deutsche Weizenpreis auf 24,— Mark den Doppelzentner, er ist also um mehr als 200 Prozent teurer. Der Kartoffelpreis beträgt beim Bauern 1,— Mark für den Zentner. Im Kleinhandel kosten die Kartoffeln 3,— Mark der Zentner. Der Roggen kostete 1925 200,— Mark die Tonne und Ende September 1930 160,— Mark. Dafür ist das Kilogramm Roggenbrot im Laden um 1 Pfennig pro Kilogramm gestiegen, trotzdem der Roggenpreis um 40,— Mark pro Tonne billiger geworden ist. Beim Brotmehl war eine Senkung von 1926 bis 1930 um 11,5 Prozent der Großhandelspreise, während gleichzeitig der Brotpreis sich um 5,4 Prozent erhöhte. Bei Schweinefleisch betrug im Jahre 1928 der Preis für je 50 kg 66,80 und der Ladenpreis 1,96. Heute ist das Verhältnis 60,50 zu 2,09, also trotz eines Rückganges um 6 Mark sind die Preise um 14 Pfennig pro Kilo teurer. Die Preise für Eier werden durch die künstliche Steigerung der Maispreise in unerhörter Weise in die Höhe getrieben. Die Futtergerste, welche vor dem Kriege mit 1,30 pro Doppelz. verzollt wurde, ist jetzt mit 12 Mark Zoll belastet. Genau so verhält es sich mit Erbsen und Reis, bei denen trotz Senkung des Preises im Großhandel eine Erhöhung der Kleinhandelspreise eingetreten ist.

Die Kartelle denken ebenso wenig an einen Preisabbau. So liegen die Preise für deutsches Roheisen im Inland immer noch 70 Prozent über den Weltmarktpreisen. Allerdings wird zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande bei Export dem Fabrikant von den Eisenproduzenten eine Vergütung in der Höhe gewährt, daß er auf Grund der internationalen Eisenpreise kalkulieren kann. Dasselbe ist der Fall bei fast allen industriellen Grundstoffen. Die Inlandspreise sind künstlich weit über die Auslandspreise hinausgeschraubt.

Nach der offiziellen Statistik ist eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten noch nicht im wesentlichen Ausmaß eingetreten. Der Gesamtindex ist seit Januar erst um rund fünf Punkte zurückgegangen. Er ist immerhin noch um 46,9 Prozent höher als in Friedenszeiten. Dies kommt daher, daß die Ermäßigung, welche eingetreten ist, durch eine Erhöhung der Kosten für Miete, Steuern und Verkehrstarife ausgeglichen wurde. Am besten wird der Unterschied dadurch klar, daß der Gesamtindex der Großhandelspreise 122,8, also 24,1 Punkte weniger beträgt. Diese Spanne erklärt sich aus der Steigerung der Profite des Einzelhandels, der allerdings nicht relativ, sondern nur absolut genommen vorhanden ist.

Der Widerstand gegen die Preissenkung ergibt sich somit aus der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Das kleine und mittlere Kapital wehrt sich auf diese Weise gegen die Auswirkungen der Krise. Aus politischen Gründen wagt das Großkapital nicht durch gesetzlichen Zwang eine Herabdrückung der Preise herbeizuführen, um eine weitere Radikalisierung dieser Schichten zu verhüten. Es erwartet von dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse diesen Zwang. Inzwischen führt es mit Energie den Lohnabbau durch. Die Preissenkung wird sich aber noch lange Zeit nicht in den Lebenshaltungskosten auswirken. Sie wird auch praktisch wertlos, wen sie eintritt, da die steigende Arbeitslosigkeit, der vermehrte Steuerdruck die Erhöhung der Soziallasten den Reallohn in der Zwischenzeit soweit gesenkt hat, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft dadurch in keiner Weise zunimmt. Selbst der „Vorwärts" muß bereits feststellen, daß die Krise allein das Lohneinkommen schon um 8 Prozent gesenkt hat. Diese Senkung wird mit dem Verlauf der Krise noch weiter fortschreiten. Dagegen nützen nicht scharfe Protestaktionen des ADGB., sondern lediglich rev. Handeln des Proletariats um den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Die österreichischen Wahlen

So gleichgültig uns eine Parlamentswahl läßt, wenn sie uns als eine Kampfhandlung angepriesen wird, so lächerlich uns der Schwindel erscheint, durch Wahlen die Lage der Arbeiterklasse verbessern oder gar ihre Befreiung herbeiführen zu wollen, so sehr interessieren uns andererseits Wahlen vom statistischen Standpunkt, denn sie geben uns eine fast vollständige Registatur über das politische Denken in einem Lande. Wenn wir es verstehen, in den Sinn der Wahlen einzudringen, die Welt des Parlaments mit der Welt außerhalb des Parlaments in der richtigen Weise zu konfrontieren, die wahren Beziehungen, die zwischen den parlamentarischen Ereignissen und den realen Machtverschiebungen bestehen, herauszufinden, dann werden wir schließlich begreifen, **was Politik überhaupt ist,** ob die Politik von den Wählern gemacht wird oder ob nicht vielmehr die Wähler von der Politik gemacht werden.

Mit krampfhaften Trompetenstößen versucht die österreichische Sozialdemokratie die Wahlen vom 9. November als einen Sieg der Demokratie über den Faschismus auszuposaunen, ja als einen Sieg der Sozialdemokratie; in Wirklichkeit hat im Gegenteil die Demokratie den **Rückmarsch** angetreten. Die SPOe. hat 72 Mandate erhalten (bei den Wahlen im April 1927 71), die christlich-soziale Partei 66 (gegen 73), der Schober-Block 19 Mandate und der Heimatblock 8. Während im alten Nationalrat 71 Sozialdemokraten 94 Bürgerlichen gegenüberstanden, ist das Verhältnis jetzt 72 zu 93. Der Mandatsgewinn ist aber nur ein Zufallsergebnis; das Stimmenverhältnis ist ein ganz anderes. Während die Zahl der Wähler um 40 000 gestiegen ist, hat die Sozialdemokratie fast **30 000 Stimmen verloren,** die Bürgerlichen haben ungefähr 70 000 Stimmen **gewonnen;** das Plusmandat der SP. ergibt sich nur daraus, daß die **Nationalisten,** die 100 000 Stimmen erhielten, in keinem Wahlkreis die „Wahlziffer“ für ein Grundmandat erreichen konnten, so daß sie nichts erhielten und ihre Stimmen gemäß dem österreichischen Wahlrecht unter die großen Parteien aufgeteilt wurden. Es ist keine Frage, daß die bürgerlichen Parteien angesichts ihrer heutigen Zersplitterung an der Aufrechterhaltung dieses protektionistischen Wahlrechts kein Interesse mehr haben und es bis zu den nächsten Wahlen schon entsprechend abändern werden. Hitler allein war es, der durch sein politisches Genie die SPOe. diesmal noch herausgerissen hat, indem er seine Anhänger in Oesterreich anwies, gesondert zu kandidieren. Hätten die Hakenkreuzler mit dem Heimatblock gemeinsam kandidiert, so hätte dieser rein faschistische Block ungefähr 15 Mandate erhalten, was für die sozialdgemokratische Liste einen Verlust von 2 oder 3 Mandaten bedeutet hätte. Die „kommunistische“ Partei hat es von ungefähr 18 000 Stimmen, die sie im April 1927 erhielt, glücklich auf 20 879 gebracht, ein gigantischer Zuwachs in einer Zeitperiode, die den 15. Juli 1927 einschließt und in welcher die Arbeiterklasse wahrlich genug Gelegenheit gehabt hat, zu erkennen, daß die Politik der SPOe. nicht den Inbegriff einer richtigen proletarischen Politik verkörpert. Für die KPOe. ist es natürlich ein Glück, daß sie kein Mandat erhält — nach der Ausscheidung sämtlicher Linker, Rechter, Ultralinker und Ultra-Rechter sind nur mehr ein paar gottverlassene Linientrottel übrig geblieben, die nicht einmal eine halbwegs passable Rede halten können —, man kann sich also vorstellen, was für eine Rolle ein solcher Dummian in der Korona der besten Redner und geschicktesten Demagogen des Landes spielen würde!

Die Faschisten, deren Programm des Bürgerkrieges, des Vernichtungskampfes gegen die Hälfte der Bevölkerung doch sicherlich kein populärer ist, haben auf einen Schlag mehr als 300 000 Stimmen erhalten, die Kommunisten mit ihrem nationalen und sozialen Beglückungsprogramm nur 20 000, die Sozialdemokraten mit ihrem allerpopulärsten Programm des friedlichen Wiederaufbaus der Wirtschaft verlieren von ihrem Besitzstand 30 000 Stimmen — wie ist das möglich? Der Demokrat wird das nie begreifen, er versteht nicht, daß der einfache arme Teufel, der vor dem Nichts steht eine andere Psychologie hat als der satte Bonze, der nur seine Ruhe haben will. Die Massen wollen einen wirklichen Ausweg, sie wollen endlich **Taten sehen,** sie gehen dorthin, wo wirkliche Macht ist, wo reale Gewalten, wo **Waffen** sind — sie wollen mit dem **Stärkeren** gehen! Es zeigt sich, daß auch in der geheimsten Wahlzelle der Wähler nicht unbeeinflußt bleibt von den **realen Machtverhältnissen,** daß ihm schöne Parolen nicht genügen, wenn hinter ihnen keine reale Gewalt steht, sondern nur fromme oder auch demagogische Wünsche. Die SPOe, ist mit einem Wahlprogramm aufgetreten, in welchem das Wort Sozialismus überhaupt nicht mehr vorgekommen ist, sie hat nichts mehr verlangt als einen Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft in Ruhe und Frieden, sie ist der Bourgeoisie nachgekrochen wie eine siebzigjährige Hure. Als letzten Fußtritt vor den Wahlen hat der Heimwehr-Innenminister Starhemberg eine neuerliche Durchsuchung nach Waffen in sämtlichen Parteilokalen, Arbeiterheimen usw. in Wien und der Provinz vornehmen lassen. Obwohl schon Wochen vorher in der Arbeiter-Zeitung und in der Roten Fahne auf die Möglichkeit solcher Hausdurchsuchungen aufmerksam gemacht worden war, haben die Bonzen nichts weggeräumt, sondern gemäß ihrem Programm der „inneren Abrüstung“ ruhig alles beschlagnahmen lassen! 4000 Gewehre, 20 Maschinengewehre und eine Riesenmenge Munition sind auf diese Weise der faschistischen Regierung, die ohnehin bis an die Zähne bewaffnet ist, neuerdings in die Hände gefallen und es ist fraglich, ob der „Republikanische Schutzbund“ jetzt überhaupt noch irgend welche Waffen besitzt. Eine solche Partei, die sich von oben bis unten bespucken läßt und darauf antwortet: „Mir scheint, es rechnet!“, kann keinen Menschen anziehen. Die Wähler strömen schließlich dorthin, wo sie wirkliche Initiative, reale Gewalt und Möglichkeit zu Taten erblicken. So sehen wir, daß auch die parlamentarischen Verhältnisse von den realen Machtverhältnissen abhängig sind und nicht umgekehrt. Ganz abgesehen davon, daß auch eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit, wie schon Wilhelm Liebknecht gesagt hat, von einer Kompagnie Soldaten davongejagt werden könnte, ist es schon reine Utopie, ohne Einsetzung realer Gewalt auf eine Mehrheit zu hoffen — denn die Macht entscheidet über die Mehrheit, nicht umgekehrt. Was für die SP. gilt, gilt natürlich auch für die KP. Eine Partei, die Oesterreich national und sozial befreien will und für diesen Zweck nichts besitzt als ein paar Theaterpistolen für Agitprop-Aufführungen, wird nie ernst genommen werden, und wenn sie noch so genau die „Linie“ einhielte — man kann eben nicht mit einer bloßen Linie kämpfen, man muß auch etwas Körperhaftes haben.

Die Bourgeoisie weiß natürlich genau, wie sie die Wahlen zu deuten hat, sie wird ruhig ihren ultrareaktionären Kurs fortsetzen, Seipel, Schober und der Heimwehrblock werden sich zu einer Koalitionsregierung vereinigen, die, ohne zu sehr mit Kraftausdrücken herumzuwerfen, die restlichen „Errungenschaften“ abräumen, den Mieterschutz restlos beseitigen, die Arbeitslosenunterstützung langsam, aber sicher abbauen, die Löhne rationalisieren, die Krankenversicherung durchlöchern, den Achtstundentag angreifen wird usw., sie hat ja noch ein großes und reiches Arbeitsfeld. Das Proletariat muß den Segen der Republik und Demokratie erst ganz auskosten, ehe es den Geschmack an ihr verlieren wird. Die formelle Einführung des Faschismus und auch das Drohen mit Gewalt wird die neue Regierung gar nicht nötig haben, da sie ohnehin die gesamte Gewalt besitzt.

Wann wird auch das Proletariat daran gehen, seine papierene Politik zu lassen, in realen Kategorien zu denken, gegenüber der Bourgeoisgewalt seine proletarische Gewalt aufzurichten? Ist es denn gar so schwer, einer zugrunde gehenden Form der Herrschaft über die Menschen den Knacks zu geben? Wir leben in einer Zeit, welche alle alten Fabeln von Paradiesen, glücklichen Ländern und goldenen Zeitaltern in den Schatten stellt, wir beherrschen die gesamte Natur, diese Welt ist unsere Schöpfung, Millionen Hektar neuer Boden werden jährlich bebaut, der Weizen wird verbrannt, der Kaffee ist nicht mehr zu verwerten, die Reben brechen unter der Last der Trauben, wir sind so reich, daß wir eine dreimal so große Menschheit stark, gesund und glücklich machen könnten, ein Segen, der physisch und geistig nicht zu fassen ist, überschüttet eine von Hunger und Gram zerquälte Menschheit, für die ein Stück Pferdewurst ein Problem ist — wann reißen wir uns los, wann erschlagen wir die Geizhälse, die aus Rumänien oder irgendwoher gekommen sind, in ihrer Jugend Dreck gefressen haben und heute die „Führer“ unserer „Wirtschaft“ und unserer Staaten sind? Wann? Wann erschlagen wir den Idiotismus in uns selbst? Die Sozialdemokratie, die auf Leichen, auf dem Rücken von Sterbenden, die kapitalistische Wirtschaft noch einmal aufbauen will — der russische „Kommunismus“, nach dessen Lehren es gut und gerecht ist, auf unsere proletarischen Brüder in Frankreich und Endland zu schießen — im Interesse des russischen Granatenexports —, sie werden uns nicht befreien. Die **unabhängige, kommunistische Arbeiter-Internationale** allein erhebt das reine rote Banner der internationalen proletarischen Revolution!

Leo Tolstoi

Zu seinem Todestage am 20. November.

Die Weltbedeutung Tolstojs als Künstler, seine Weltberühmtheit als Denker und Verkünder, das eine wie das andere spiegelt auf seine Art die Weltbedeutung der russischen Revolution wieder. Er tat sich bereits zur Zeit der Leibeigenschaft als großer Künstler hervor. In einer Reihe von genialen Werken, die er im Laufe seiner mehr als fünfzigjährigen literarischen Tätigkeit hervorbrachte, schilderte er vornehmlich das alte, vorrevolutionäre Rußland, das auch nach 1861 in halber Leibeigenschaft verblieb, das Rußland des Dorfes, das Rußland des Gutsherrn und des Bauern. Indem er diese Etappe im geschichtlichen Leben Rußlands darstellte, verstand es Tolstoj, in seinen Werken so viele große Fragen aufzurollen, solche künstlerische Kräfte zu entfalten, daß seine Werke in der Weltliteratur ihren Platz in der vordersten Reihe einnahmen. Die Epoche der vorrevolutionären Vorbereitung in einem von den Parteigängern der Leibeigenschaft bedrückten Lande bildete, dank der genialen Darstellungskraft Tolstojs, einen Schritt vorwärts in der künstlerischen Entwicklung der gesamten Menschheit.

Der Künstler Tolstoj ist selbst in Rußland nur einer verschwindenden Minderheit bekannt gewesen. Damit seine hervorragenden Werke wirklich zum Gemeingut aller wurden, war der Kampf gegen jene Gesellschaftsordnung notwendig, die Millionen und aber Millionen zu Finsternis und Trübsal, zu Zwangsarbeit und Elend verurteilte, war die sozialistische Revolution notwendig. Die Revolution von 1905 machte erst hauptsächlich Tolstoj bekannt. Aber Tolstoj lieferte nicht nur künstlerische Werke, die von den Massen immer wieder geschätzt und gelesen sein werden, er vermochte es auch, die Stimmung der unterdrückten breiten Massen mit wuchtiger Kraft wiederzugeben, ihre Lage zu schildern, ihrem elementaren Protest und Unwillen Ausdruck zu verleihen. Tolstoi der im wesentlichen der Epoche von 1861 bis 1904 angehörte, gestaltete in seinen Werken, als Dichter wie als Denker, mit erstaunlicher Plastik die geschichtlichen eigenartigen Züge der ganzen ersten russischen Revolution, ihre starken und ihre schwachen Seiten.

In den Werken Tolstojs kommt sein glühender, leidenschaftlicher, oftmals schonungslos-scharfer Protest gegen den Staat und die offizielle Parteikirche zum Ausdruck und gibt die Stimmung der primitiven bäuerlichen Demokratie wieder, in der die Jahrhunderte der Leibeigenschaft, der bürokratischen Willkür und des Raubes, des kirchlichen Jesuitismus, der Betrügerei und Gaunerei, Berge von Erbitterung und Haß aufgetürmt hatten. Seine unbeirrbare Verneinung des Privateigentums am Grund und Boden spiegelt die Psychologie der Bauernmassen wieder in einem geschichtlichen Augenblick, wo die veralteten mittelalterlichen Bodenverhältnisse, die der Gutsherrn sowohl wie des fiskalischen „Anteillandes“, endgültig zu einem unerträglichen Hemmschuh für die Weiterentwicklung des Landes geworden war und wo dieser Grundbesitz unausweichlich jäh und rücksichtslos zerstört werden mußte. Seine unentwegte Bloßstellung des Kapitalismus, voll tiefsten Gefühls und hellster Empörung, gibt das ganze Entsetzen des patriarchalischen Bauern wieder, über den ein neuer, unsichtbarer, unbegreiflicher Feind hereinzubrechen begann, der irgendwoher aus der Stadt oder aus dem Ausland kommt, der alle „Grundfesten“ des bäuerlichen Lebens zerstört, der nie dagewesene Verelendung, Armut und Hungersnot, Verwilderung, Prostitution und Syphilis mit sich trägt — alle Nöte der Epoche der „ursprünglichen Akkumulation“, hundertfach verschärft durch die „Verpflanzung der allerneuesten, von Herrn Kuponschneider ausgearbeiteten Raubmethoden auf dem russischen Boden.

Zugleich damit offenbarte der feurige Protestant, der leidenschaftliche Ankläger, der große Kritiker in seinen Werken eine solche Verständnislosigkeit für die Ursachen der Krise, die damals über Rußland hereinbrach, und für die Mittel zu ihrer Ueberwindung, wie sie nur einem naiven, patriarchalischen Bauern ziemt, nicht aber einem europäisch gebildeten Schriftsteller. Der Kampf gegen den feudalen Polizeistaat, gegen die Monarchie, verwandelte sich bei ihm in eine Negation der Politik, in die Lehre des „Nichtwiderstehens dem Bösen“, sie führte zur gänzlichen Fernhaltung vom revolutionären Kampf der Massen in den Jahren 1905 bis 1907. Der Kampf gegen die offizielle Kirche ging bei ihm Hand in Hand mit der Predigt einer neuen „gereinigten“ Religion, das heißt, eines neuen, verfeinerten Giftes für die unterdrückten Massen. Die Verneinung des Privateigentums am Grund und Boden führte bei ihm nicht etwa zur Konzentration des Kampfes gegen den wirklichen Feind, gegen den feudalen Grundbesitz und dessen politische Machtmittel, die Monarchie, sondern zu verträumten, verschwommenen, kraftlosen Schwärmereien. Die Bloßstellung des Kapitalismus und der von diesem den Massen zugefügten Uebel vertrug sich bei ihm mit einer völlig gleichgültigen Beziehung zu jenem universalen Befreiungskampf, den das internationale sozialistische Proletariat führt.

Die Widersprüche in den Anschauungen Tolstojs sind nicht lediglich solche seines persönlichen Denkens, sondern die Widerspiegelung der in höchstem Maße komplizierten, widerspruchsvollen Verhältnisse, sozialen Einflüsse und historische Traditionen, die die Psychologie der verschiedenen Klassen und Schichten der russischen Gesellschaft in der Periode nach den Reformen, aber vor der Revolution bestimmten. (Die Reformen der Jahre 1861 bis 1864, zu denen sich der Zarismus nach der Niederlage im Krimkrieg unter dem Druck der revolutionären Gärung gezwungen sah: Aufhebung der Leibeigenschaft, Justizreform, Verwaltungsreform.)

Graf Leo Tolstoj wurde am 9. September (28. August alten russischen Datums) 1828 auf dem väterlichen Gute Jasnaja Poljana im Gouvernement Tula geboren. Mit 2 Jahren verlor er die Mutter, mit 9 Jahren den Vater, er wuchs unter der Obhut eines Verwandten auf. Seit 1841 in Kasan, studierte er 1844 bis 1847 an der dortigen Universität erst orientalische Sprachen, später Rechtswissenschaft, beides ohne rechte Neigung. Er verließ die Universität ohne Abschlußprüfung und mühte sich auf seinem Gute, den Wohltäter und Erzieher der Bauern zu spielen. Die erlittenen Enttäuschungen hat er später in dem Fragment „Der Magen eines Gutsbesitzers“ (1856) geschildert. 1851 trat er als Fähnrich in die Kaukasusarmee ein: in der gewaltigen Natur der Berge, im Verkehr mit ihren Bewohnern erwachte in ihm der Dichter: 1851 schrieb er die autobiographische Novelle „Kindheit“. 1852 die Erzählung aus dem Soldatenleben im Kaukasus „Der Ueberfall“, im gleichen Jahre begann er die „Kosaken“. Der Krimkrieg führte ihn 1854 nach Sewastopol, wo er den Fall der Festung miterlebte, den er in seinen drei Erzählungen „Sewastopol“ (1855) geschildert hat. 1855 nahm er seinen Abschied und ging nach Petersburg, wo die Erzählungen „Zwei Husaren“, „Der Schneesturm“ und andere entstanden. 1857 besuchte er Deutschland, Frankreich, die Schweiz und Italien; das städtisch-bürgerliche Leben gefiel ihm aber wenig, und in der Erzählung „Luzern“ (1857) fällte er ein hartes Urteil über westeuropäische Scheinkultur. Nach der Heimkehr zog sich der Dichter auf sein Gut Jasnaja Poljana zurück, wo er alsbald die Erzählungen „Drei Tode“ (1858), „Familienglück“ (1859), „Polikuschka“ (1860) geschrieben hat. 1860 bis 1861 ging Tolstoj wieder ins Ausland, um die Schulverhältnisse zu studieren. Aber er kehrte auch diesmal vom Westen enttäuscht nach Rußland zurück. In Jasnaja Poljana gründete er eine Dorfschule nach eigenen Grundsätzen, zu deren Verbreitung er eine pädagogische Zeitschrift herausgab; auch verfaßte er eine „Fibel“ (Asbuka 1872) und ein Volksschullesebuch in mehreren Heften (1875). 1862 hatte er sich mit Sophia Andrejewna Behrs (1844—1919) vermählt, die ihm zwölf Kinder schenkte. Er lebte nun auf seinem Gute und widmete sich ganz dem dichterischen Schaffen.

Jetzt entstanden Tolstojs Hauptwerke, die großen Romane „Krieg und Frieden“ (1864—1869) und „Anna Karenina“ (1873 bis 1876). Innere Unzufriedenheit und Gewissensbisse, die tiefe Erkenntnis, daß er als Angehöriger einer privilegierten Minderheit als Parasit, d. h. von der Arbeit anderer Menschen lebte, führten Ende der 70er Jahre zu seiner „Bekehrung“, die ihn zur Abfassung seiner „Beichte“ (1879) veranlaßte, der eine lange Reihe von Traktaten folgte, in denen der Dichter Staat und Kirche einer Kritik unterzog. In den 80er Jahren schrieb er die Erzählungen „Wovon die Menschen leben“ (1881), „Der Tod des Iwan Iljitsch“ (1886) und die „Kreutzersonate“ (1889), in letzterer Zeit setzte er sich speziell mit dem Problem der Ehe- und Geschlechtsmoral auseinander; 1895 entstand die Erzählung „Herr und Knecht“ mit der wunderbaren Schilderung des Schneesturmes, 1886 das Bauerndrama „Das Licht leuchtet in der Finsternis“. 1889 die Komödie „Früchte der Aufklärung“, eine scharfe Satire auf die innerlich hohlen, nichtstuenden Gebildeten. Aus Tolstojs Tagebüchern hat man später erfahren, wie schwer er in dieser Zeit unter inneren Zweifeln gelitten hat. 1899 brachte der Roman „Auferstehung“ sein großes Selbstbekenntnis. 1901 wurde er aus der orthodoxen Kirche ausgestoßen. Von inneren Zweifeln geplagt, wollte er an seinem Lebensabend ins Kloster gehn. Auf dem Wege dorthin ereilte ihn der Tod. Mit Tolstojs Tode ist das alte vorrevolutionäre Rußland dahingegangen, dessen Schwäche und Ohnmacht in der Philosophie des genialen Künstlers ihren Ausdruck und in seinen Werken ihre Darstellung gefunden haben. Für die heutige Zeit haben Tolstois Werke mehr historische Bedeutung. Dem heutigen Proletariat kann Tolstois Lehre nichts geben.

Politische Rundschau

Sonntag der Wahlen

Am letzten Sonntag fanden in Baden sowie Mecklenburg die Gemeindewahlen statt. Entsprechend der letzten Reichstagswahlen, wo die Wahlbeteiligung äußerst stark war (85 Prozent), war hier die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 20 Prozent geringer.

Infolge der geringen Wahlbeteiligung haben mehr oder weniger alle Parteien gegenüber den Reichstagswahlen Stimmenverlust zu verzeichnen. Im großen und ganzen kann man das Fazit aus diesen Gemeindewahlen ziehen, daß die aufstrebende Welle der national„sozialistischen“ Bewegung noch nicht abgeschlossen ist. In Mecklenburg z. B. gelang es den National„sozialisten“ im Vergleich zu den Reichstagswahlen einen Stimmenzuwachs von durchschnittlich 20 bis 25 Prozent zu erreichen. Und in Baden gelang es ihnen trotz der sehr schwachen Wahlbeteiligung die Stimmenzahl der Reichstagswahlen fast zu halten. Schwere Verluste hat die SPD. erlitten. Nicht nur, daß sie gegenüber den letzten Reichstagswahlen beträchtlich verloren hat, teilweise sind die Stimmen der letzten Gemeindewahlen vom Jahre 1927, die an die Stimmen bei den Reichstagswahlen 1930 schon nicht heranreichten, nicht einmal erreicht worden.

Daß die SPD abermals schwere Verluste bekommen mußte, war bei ihrer Politik nach dem 14. September nicht weiter verwunderlich. Erinnert sei hier lediglich an die Rettung der Brüningschen Regierung mit ihrem Ausbeutungsprogramm ersten Ranges. Wenn der Vormarsch der „Erneuerer“ Deutschlands, der Nazis, noch nicht abgeschlossen ist, so hat das seine Ursache darin, daß die sozialdemagogische Phrase der Hitler und Konsorten vom Antikapitalismus noch nicht die praktische Möglichkeit zu seiner Entlarvung hatte.

Auch in Danzig fanden die Wahlen zum Volkstag statt. Sämtliche alten bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD., mit Ausnahme des Zentrums hatten merkliche Verluste aufzuweisen. Auch hier schossen die Nazis den Vogel ab. Sie konnten gegenüber den Wahlen 1927 ihre Stimmenzahl von 2130 auf 34 290 vermehren. Die Kommunistische Partei konnte ihre Stimmenzahl ebenfalls vermehren. Aber das Wahlergebnis zeitigt, daß sie nur die Hälfte von den verlorenen Stimmen der SPD. auffangen konnte — der Verlust der SPD. beträgt 13 000 —, so daß die andere Hälfte zu den Nazis hinüber gesegelt sein dürfte.

So zeigt sich überall, daß große Massen, die keinen Ausweg sehen — angewidert durch die Politik der sogenannten parlamentarischen „Arbeiter“parteien, ins Schlepptau der Hakenkreuzler getrieben werden.

Wahlen zum polnischen Sejm.

Wir setzten schon in einer unserer letzten Nummern auseinander, daß Pilsudsky bemüht war, durch einen ungeheuren Terror gegen das polnische Proletariat und das arme Bauerntum die Voraussetzungen zu schaffen für ein ihm genehmes Parlament. Am letzten Sonntag fanden nun auch die Wahlen zum polnischen Sejm statt. So wie der Wahlkampf, so stand auch der Wahltag im Zeichen des Terrors. Die Wahlbeteiligung war infolge des schrankenlosen Terrors gegen die Opposition äußerst schwach. Vielfach wurden überhaupt nur Scheinwahlen durchgeführt. Die Wahlhandlung wurde teilweise vorzeitig geschlossen oder oppositionelle Stimmen überhaupt nicht ausgezählt. Jegliche Agitation und sogar die Stimmzettelverteilung der oppositionellen Parteien wurde brutal unterdrückt. Verhaftungen, Haussuchungen waren an der Tagesordnung. In vielen Städten gab es Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht. In Warschau z. B. forderte der Terror zwei Tote und viele Verletzte. So schaffte Pilsudsky die Voraussetzungen für seinen Wahlsieg.

Das Ergebnis der Wahlen ist folgendes: Regierungsblock 248 Mandate (bisher 130), Nationale Demokraten 65, Linksblock (Sozialisten und kleinere bürgerliche Gruppen 81 (bisher 175), Antifaschistischer Arbeiter- und Bauernblock 7 (Kommunisten bisher 9).

Pilsudsky hat zwar die einfache formale Mehrheit erhalten. Aber die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Durchführung der Verfassungsreform fehlt. Aber was fragt schließlich die Bourgeoisie danach. Der Wahlkampf in Polen signalisiert die weitere Verschärfung des Terrors gegen die Arbeiterklasse.

Sinzheimer — der Geopferte

Ablenkungsschachzug der Gewerkschaftsbürokraten.

Jetzt, nachdem die 130 000 Berliner Metallproleten durch eine selten raffinierte Kampfstrategie der Gewerkschaftsbürokratie mürbe gemacht worden sind, wendet man sämtliche Regiekünste auf, um abzulenken von der Verschacherung der Proleten an das Kapital durch die Bonzokratie.

Sinzheimer wird jetzt als der reuige Sünder erklärt, der die 130 000 Metallproleten verschachert hat. Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nahm Stellung zu dem Spruch des Dreimännerkollegiums. Und mit aller journalistischen Spitzfindigkeit vertraut, windet man sich wie eine Schlange, um den Proleten alles schmackhaft zu machen. So schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 22. November, „um so empörender ist der unter dem Vorsitz Dr. Brauns von den drei Unparteiischen gefällte Schiedsspruch vom 8. November 1930, der als **offener Betrug** von den beteiligten Gewerkschaftsfunktionären und Arbeiter und als eine Provokation von der gesamten Arbeiterschaft empfunden werden muß; der erweiterte Beirat hat kein Verständnis für das Verhalten des vom Verband benannten Unparteiischen, Prof. Dr. Sinzheimer, der durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch, auch wenn er damit den Zweck verfolgte, einen noch schlimmeren zu verhindern, die Verantwortung für denselben mitübernommen und damit die beiden anderen Unparteiischen entlastet hat.“ Und an einer anderen Stelle lesen wir: „Man hätte keinen Theoretiker nehmen sollen, dessen Hilfe habe sich als ein Danaergeschenk erwiesen. Ein Mann der Praxis würde einem solchen Spruch, wie ihn das Dreimännerkollegium fällte, niemals zugestimmt haben.“

Diesem demagogischen Schmus der DMV.-Bürokraten muß schon entgegengehalten werden, daß, wenn man gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichtes sein wollte, Sinzheimer einfach hätte die Arbeit des Schiedsgerichts sabotieren können. Aber schon die fadenscheinige Erklärung Sinzheimers in der Oeffentlichkeit zeigt, daß er sich hätte drehen und wenden können wie er wollte, er wäre in jedem Falle überstimmt worden.

Das wissen die Gewerkschaftsbürokraten genau so gut. Um von dem offenen Betrug, den **die Gewerkschaften** hier in Wirklichkeit durchführten, indem man die Proleten dieser Schlichtungsgeißel auslieferte, abzulenken, — tat man Sinzheimer in Acht und Bann trampeln. Er wurde als der Verantwortliche gestempelt.

Die Arbeiter werden noch öfter mit einem derartigen Schachzug von den Gewerkschaftsbürokraten geschröpft werden, wenn sie nicht endlich mit diesen Henkern ihrer Interessen organisatorisch brechen.

SPD. für Kopfsteuer

Im Preußischen Landtag fand vorige Woche die dritte Beratung der Durchführungsgesetze zu den Notverordnungen statt. Die Kopfsteuer (oder Negersteuer, wie sie auch genannt wird) wurde in dritter Beratung endgültig mit den Stimmen der **Sozialdemokraten,** Nationalsozialisten und aller bürgerlichen Parteien angenommen.

Bekanntlich waren die Notverordnungen von der SPD. umstritten worden. Und als am 18. Oktobr die SPD. den Notverordnungen zustimmte, erklärte sie, daß in folgenden Ausschußberatungen die „Härten“ in den Notverordnungen beseitigt werden müssen. Die „Härten“, das waren z. B. für sie diese Negersteuer und der 50-Pf.-Krankenschein. Aber schließlich spielen bei der SPD. Pfründen immer eine größere Rolle, wie diese belanglosen Redensarten. Sie ist an den Klauen Brünings gefesselt. Tanzt sie nicht nach seiner Pfeife, dann droht man ihr mit der Zerschlagung ihrer Preußen-Koalition. Entsprechend dieses Umstandes handelt man auch im Reich. Jetzt kurz vor Zusammentritt des Reichstages fanden wieder einmal Verhandlungen zwischen prominenten sozialdemokratischen Führern und Brüning statt, und heute schon bringt man zum Ausdruck, daß die SPD. für die Raubgesetze im Reichstag stimmen wird. Mit einigen unwesentlichen Aenderungen hat sich Brüning einverstanden erklärt, jedoch nur „soweit sie nicht den finanziellen Ertrag verringern“. D. h. an dem Ausplünderungscharakter seines Programms wird nicht ein Deut geändert“. Und da Brüning bereits wieder mit dem Schwert des Artikels 48 droht, wenn die Regie nicht klappt, werden die Verteidiger der „Demokratie“ die Zeichen der Zeit verstehen und alles bedingungslos schlucken.

Bürgerliche und proletarische Organisation

Dem Argument, daß Organisationsformen der jeweiligen Entwicklungsepoche angepaßt sein müßten, wird sehr oft die scheinbar logische und landläufige Redensart entgegengehalten: „Die Revolution ist keine „Organisationsfrage“. Diese Redewendung entspringt größtenteils schon der Sorge um den Bestand einer bestehenden, von den Befürwortern dieser letzten These verteidigten Organisation) und bezieht sich in den allgemeinen Diskussionen auf die Gewerkschaften sowohl, als auch auf alle die politischen Parteien, die mit diesem Bekenntnis zu gleicher Zeit dokumentieren, daß sie selbst diesem Grundsatz huldigen, und ihn selbst praktisch innerhalb der eigenen Partei anwenden. Unnötig zu sagen, daß die Tendenz eines solchen „Standpunktes“ genau dasselbe ist, als die Behauptung, daß an gewissen Anschauungen nicht gerüttelt werden dürfe, eine Diskussion darüber schon dem einmal eingenommenen „Standpunkt“ widerspräche. Ein Revolutionär allerdings, der auf diese Weise einen „Standpunkt“ verteidigt, kann niemals zu demselben gelangt sein auf Grund kritischer Untersuchung der diesen Standpunkt bedingenden Faktoren, sondern hat einen „Standpunkt“, ganz gleich, was eben sonst passiert. Er beharrt trotz aller geschichtlichen Mahnungen und Ereignisse auf seinem für ihn für alle Zeiten gültigen „Standpunkt“ und verteidigt ihn um so mehr, als gerade die verteidigte Organisation und das Organisationsprinzip sich immer mehr als unbrauchbar erweist, versteinert, zu einem Werkzeug der Konterrevolution wird. Er wird zum eifrigsten Verteidiger des von der Geschichte schon halb entwurzelten und widerlegten „Standpunktes“, und so hört man heute öfter denn je — es ist nicht immer leicht zu sagen, ob es Eigensinn oder Verzweiflung ist — angesichts der Haltung der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien: „Die Revolution ist keine Organisationsfrage.“ Man setzt natürlich eine Organisation voraus. Aber die Form wäre eigentlich gleichgültig. Wenn nicht, so könne man die nötigen organisatorischen Abänderungen auch innerhalb der alten Organisationen vornehmen. Auf jeden Fall sei es unklug und kurzsichtig, alle vorhandenen Organisationen zu zerschlagen, um dann neue zu bauen.

Diese hausbackene Logik kennzeichnet schon an sich den reaktionären Kleinbürger. Ein solch einmal eingenommener „Standpunkt“ ist schlecht zu widerlegen. In der Regel folgen die Verfechter eines solchen Prinzips auch ihrer eigenen Logik; besser gesagt: der Logik ihres Standpunktes und landen in den Reihen der Konterrevolution, nicht nur organisatorisch, sondern natürlich auch politisch. Zu ihnen gehören die Organisationsmaschinisten der reaktionären Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien. Sie schieben eine scheinbare harmlose Organisationsfrage in den Vordergrund, um ein reaktionäres Prinzip zu verteidigen: Ein solches für alle Zeiten festgelegtes Dogma als Standpunkt einer Organisation schließt innerhalb dieser Organisation jedes geistige und prinzipielle Leben aus. Innerhalb einer solchen Organisation kann jeder nur Objekt sein. Daraus folgt ganz natürlich die aus der Struktur dieser Organisation resultierende Arbeitsteilung zwischen den „Vertretern“ und „Vertreterinnen“. Diese Organisation zwingt zur Hörigkeit. Da die politische Haltung nicht abhängig ist von frommen Wünschen und kleinbürgerlichen Idealen, sondern die ehernen geschichtlichen Tatsachen, die Klassenkämpfe innerhalb der Gesellschaft Entscheidungen erzwingen. Da die Organisationsbesitzer jedoch wirtschaftlich und gesellschaftlich andere Interessen haben als die Organisationsobjekte, wird der ganze Körper bei den immer stärker einsetzenden Kämpfen zwischen Proletariat und Kapital immer schwereren Krisen ausgesetzt. In jedem Kampfe, in der gesamten politischen Haltung, die den Interessen des Berufsführertums entspricht, setzt dieser sich immer mehr in strikten Gegensatz zu den Interessen des von der bürgerlichen Gesellschaft in den sozialen Abgrund geschleuderten Proletariats. Diese Krise des Kapitals, die sich auf die im Kapitalismus entstandenen Organisationen überträgt, und die sich mit der Verschärfung derselben ebenfalls verschärfen muß, hat in Wirklichkeit die Frage, ob die Revolution eine Organisationsfrage ist oder nicht, aufgerollt und wird sie nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden lassen. Auch wenn kleinbürgerlicher Organisationsmeierei dies nicht in den „Standpunkt“ paßte.

Was heißt Organisation? Eine Organisation ist eine Vereinigung, um mit gemeinsamen Mitteln ein gemeinsames Ziel gemeinsam zu erstreben. Die Organisation hat also nur Sinn, wenn in bezug auf Taktik und Ziel eine prinzipielle Uebereinstimmung besteht. Tauchen prinzipielle Gegensätze auf, so muß mit der Durchbrechung der vorhergehenden prinzipiellen Uebereinstimmung auch der formal organisatorische Bruch folgen. Soll er vermieden werden, müssen die prinzipiellen Gegensätze zurückgestellt werden. Diese letzteren resultieren jedoch wiederum aus der jeweiligen Klassenlage der in der Organisation vereinigten verschiedenen Klassenschichtungen. Der sich in den Hirnen kristallisierende Klassenwille ist die ideologische Wiederspiegelung des sozialen Prozesses, der sich infolge des ökonomischen Zusammenbruchs vollzieht. Das geistige Erfassen revolutionärer Notwendigkeiten deren Propagierung, und der Kampf um die Ueberwindung der von der Geschichte längst als schädlich und klassenfeindlich gezeichneten Taktik, ist das folgerichtige Resultat einer sich umwälzenden Ideologie. Es ist der revolutionäre Prozeß im positiven, im schöpferischen revolutionären Sinne.

In der Periode der letzten kapitalistischen Krise schließen Reformismus und revolutionärer Klassenkampf sich gegenseitig aus. Sie sind unüberbrückbare Gegensätze, da der Reformismus zum Todfeind des Proletariats wird und sich, um sich polititisch behaupten zu können, offen auf die Seite der Konterrevolution schlägt, bedeutet das Gewinsel von der „Erhaltung“ einer Organisation in der Praxis eben praktische Hilfe für die Konterrevolution, denn die auf Grund der sich verschärfenden Klassengegensätze von der Krise geschüttelten Organisationsgebilde könnten nur gerettet werden auf Kosten der revolutionären Erkenntnis, letzten Endes nur um den Preis des Selbstmordes der proletarischen Klasse. Wo die geistige Aktivität fehlt, ist die praktische Tat unmöglich.

Die Organisation ohne geistige Aktivität gibt der bürgerlichen Organisation das Gepräge. Die bürgerliche Organisation ist der bürgerliche Klassenstaat im kleinen. Die herrschende Schicht innerhalb der Organisation nimmt die „Interessen“ der beherrschten „wahr“. Das Zeitalter des Reformismus, des sich entfaltenden Kapitalismus stellte das Proletariat nicht vor praktische revolutionäre Aufgaben, der Kapitalismus erfüllte schlecht und recht seine gesellschaftlichen Funktionen. Die Arbeiterklasse rang um Ellenbogenfreiheit innerhalb des Kapitalismus als Klasse. Ihr Kampf um die Emanzipation innerhalb der bürgerlichen Welt war wohl von der historischen Warte gesehen, revolutionär im bürgerlichen Sinne. Aber es galt nicht dem Sturz des kapitalistischen Systems. Die Frage: Kapitalismus und Kommunismus war nicht auf die Tagesordnung gestellt. Der Kampf des Proletariats um soziale Reformen, um politische Konzessionen, richtete sich nicht gegen den bürgerlichen Klassenstaat an sich, sondern um Umgestaltung des bürgerlichen Klassenstaates ohne im Prinzip an der kapitalistischen Ordnung zu rütteln. Demzufolge mußten auch Organisation und Taktik bürgerlich sein. Um im Rahmen des sich entfaltenden Kapitalismus mögliche Forderungen durchzudrücken, genügte der „Druck“ von unten. Genügte das „Gewicht“ der Massen. Genügten Massen, die als Objekte in die Wagschale geworfen werden konnten. Genügte die vielgerühmte Disziplin und Einigkeit. Die jeweils gestellten Forderungen stellten keine Ansprüche an die schöpferische Kraft des Proletariats, sondern waren zur Erfüllung an die bürgerliche Adresse gerichtet. Von Seiten der Massen genügte ein Lippenbekenntnis. Kapitalistische Arbeitsteilung brachte die der Organnisation anhaftende, sich stets steigernde politische und organisatorische Abhängigkeit von dem durch die geistige Unselbständigkeit des Proletariats bedingte Führerschaft mit sich. Die Organisation wurde zum Besitz des Führertums. Diese Tatsache jedoch wirkte sich erst praktisch aus, als der Kapitalismus seine Götterdämmerung erlebte und der Weltkrieg ausbrach. An das Proletariat trat die andere Aufgabe als Klasse. Die proletarische Revolution kann nicht vom Bürgertum durchgeführt, der Kommunismus nicht von den Führern eingeführt werden. Die geistige und physische Kraft, das Alte zu stürzen und Neues zu schaffen muß aus den Massen selbst kommen. Die Klassengrenze läuft nicht, wo der letzte Arbeiter steht und der erste Kapitalist anfängt, sondern sie wird gezogen von der langsam in den Klassenkämpfen und revolutionären Erfahrungen geborenen Klassenerkenntnis. Das revolutionäre, das schöpferische Prinzip bricht die alten organisatorischen Hüllen und Schranken und steht im Kampfe gegen eine alte Welt. So wird schon im revolutionären Prozeß die neue Organisation geboren mit dem neuen Inhalt. Das Proletariat erkennt, daß es nicht genügt, etwas zu „wollen“, sondern daß am Anfang die Tat stehen muß. Diese Tat wiederum ist nicht lediglich ein zur Schau tragen von persönlichem Mut, sondern in erster Linie die Herausarbeitung des programmatischen und taktischen Weges, die Erkenntnis der Bedingungen und auf Grund der Bedingungen der Revolution zu lösenden Aufgaben in derselben. Wer die Revolution „will“, der muß sie von sich selbst wollen. Die Fähigkeiten, in der Revolution, in revolutionären Kämpfen im richtigen Moment zuzupacken, eroberte Positionen erfolgreich auszunützen, im scheinbaren oder tatsächlichen Durcheinander den Kopf oben zu behalten und unbeirrt und sicher zu handeln, kann nicht „gelernt“ werden, sondern entspringt der jeweiligen theoretischen Stufe des Proletariats. Dem jeweiligen Klassenbewußtsein! Kommunist ist nicht der, der an jeder Jacke einen Sowjetstern trägt, sondern der, der revolutionär denkt. Der immer nur an die Revolution denkt und von sich das Höchste verlangt. Der vor keiner Frage ausweicht, sondern begreift, daß jeder, der praktisch etwas sein will, wissen muß, was er tun will. Wer sich mit einem Bekenntnis zur Revolution begnügt und alles andere durch Schreien zu ersetzen versucht, bleibt trotz seines persönlichen Mutes ein Kleinbürger, ein Objekt in den Händen derer, die ihm überlegen sind.

Der aus revolutionärer Erkenntnis geborene revolutionäre Klassenwille, der auf sein Programm eine neue Welt schreibt, scheidet sich von bürgerlicher Ideologie wie Feuer und Wasser. Auflodernddes schöpferisches Klassenbewußtsein des revolutionären Proletariats richtet sich naturnotwendig gegen die bürgerliche Ideologie. Bürgerliche Ideologie ist der Gehalt der alten Arbeiterorganisationen. Die alte brave Maulwurfgeschichte stellt die reformistischen Kalfaktoren vor reformistische Unmöglichkeiten. Um sich selbst zu erhalten, müssen sie in der Periode des erbittertsten Klassenringens sich auf Seite der kapitalistischen Klasse stellen, um das Kapital zu retten, um die Voraussetzung für reformistische Politik zu schaffen. Müssen gemeinsam mit den Feinden des Proletariats gegen das Proletariat marschieren und sind verurteilt, auch dem dümmsten Proletarier die Augen zu öffnen. In unsäglichen Qualen und Leiden der ausgebeuteten Klasse schafft revolutionäres Klassenbewußtsein neue Formen, als Waffen gegen den Klassenverrat. Revolutionärer Klassenwille schafft neue Organisationen zum Kampf und Aufbau zugleich. Zwischen zwei Fronten jedoch stehen die Anbeter der alten Kasernen, die längst zu Guillotinen für das Proletariat geworden sind, und beteuern, die Revolution ist keine Organisationsfrage. Beteuern ihre revolutionäre Gesinnung und begreifen nicht, daß sie selbst der lebendige Beweis stockreaktionärer Versteinerung sind. Das revolutionäre Proletariat jedoch hat keine Ursache, einen Unterschied zu machen zwischen weißen und „roten“ Aposteln der Konterrevolution; es hat begriffen, daß das schwere Werk seiner eigenen Befreiung ihm nicht abgenommen werden kann, von niemandem, daß es seine Aufgabe ganz auf sich selbst gestellt alleine vollbringen muß. Es hat sich die organisatorischen Formen gegeben in der AAU. und KAPD. und wird mit diesen Waffen den Kampf fortsetzen bis zum Siege.

Nach 13 Jahren

Wenn das deutsche Proletariat die Verlogenheit der sozialdemokratischen Phrase „Die Demokratie führt euch zum Sozialismus" zu erkennen beginnt, wenn an Hand der Tatsachen das konterrevolutionäre Wesen der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Politik sich vor den Augen der Arbeiterklasse entlarvt, und die Arbeiter in hellen Scharen sich anschließen, die Zwangsjacke einer von der Geschichte überholten Denkweise abzustreifen, dann kommen sie in eine Wegstrecke, in der die Tradition der russischen Revolution wie eisiger Herbstnebel von neuem auf ihre Hirne fällt.

Wohlverstanden: bis zu jener Grenze, wo der revolutionäre Klassenkampf in Rußland vor den Staatsnotwendigkeiten kapitulieren mußte, wird die kühne Tat der russischen Bolschewiki wie eine Brandfackel dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt auf seinem dornenvollen Wege voranleuchten. Wo aber **fanatischer Glaube** zum Leistern proletarischer Klassenpolitik erhoben wird, wo eine geschichtliche Tradition tagtäglich dazu herabgewürdigt wird, die reale Wirklichkeit dem Proletariat zu verschleiern, da muß das revolutionäre Proletariat alles daransetzen, den Gedanken des internationalen Klassenkampfes hochzuhalten.

In diesem Sinne haben sich die Proletarier der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union kühn entschlossen, allen Manövern der Moskauer Staatsbürokratie in Gestalt der von ihr ausgehaltenen deutschen Sendboten der KPD., entgegenzuwerfen. Wiederholt wurde an Hand der russischen Presse in den Spalten dieser Zeitung der „sozialistische" Aufbau von „Arbeiter"vaterland und das Los der proletarischen Klasse in Rußland dargestellt und die verlogene Theorie vom Sozialismus „in einem Lande" gezeißelt. Wir haben den Proletariern zu unzähligen Malen nachgewiesen, daß die russischen Fortschritte eines wirtschaftlichen Aufbaus als Fortschritte im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft gewertet werden müssen. Der Terror der russischen Regierung gegen Proletarier, die sich noch ein eigenes Denken erlaubt haben, spiegelt nur den Zwang der kapitalistischen Staatsnotwendigkeiten wieder, die aufflackernden Klassengegensätze niederzuhalten, damit der Aufbau der russischen kapitalistischen Wirtschaft nicht gefährdet wird.

Die zahllosen Arbeiterdelegationen haben dem elenden Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse lobpreisend den Lebensstandard des russischen Proletariats gegenübergestellt. Wer ihnen Glauben schenkte, dem mußten ihre Schilderungen über das Los der Gefängnisinsassen und der Verbannten geradezu als paradiesisch erscheinen. Und der kulturelle Stand des russischen Proletariats hat nach den Berichten dieser Arbeiterdelegierten ein Niveau erreicht, das zu erklimmen dem westeuropäischen Durchschnittsarbeiter als leuchtendes Belspiel erscheinen muß.

Nun veröffentlicht der „Syndikalist", Nr. 46, eine Reihe von Briefen von proletarischen Gefangenen aus den Kerkern und Verbannungsorten des großen Reiches der Stalinisten. Wenen Raummangel können wir unseren Lesern nur einige zur Kenntnis geben, deren Inhalt unsere Beurteilung der russischen Frage voll und ganz rechtfertigen. Im Gegensatz zum „Syndikalist" bemerken wir noch, daß den russischen Proletariern, die in den Kerkern und in der Verbannung gefoltert werden, mit einer moralischen Entrüstung gegen die russischen Stalinkreaturen allein nicht gedient ist, sondern der Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Aufrichtung der Proletarierdiktatur erst den russischen Proletariern Erlösung aus ihren Qualen bringen wird.

Wir zitieren nun den „Syndikalist":

„Stimmen lebendig Begrabener.

Wir waren sehr froh, eure Briefe und das Geld zu erhalten. Für uns ist das nicht nur eine materielle, sondern auch eine moralische Hilfe. Wir durchleben jetzt eine sehr schwere Zeit. Die GPU. erfindet immer neue Methoden, um uns das Leben unerträglich zu machen. Jetzt verfolgen sie uns systematisch mit der Forderung, wir sollen an die Regierung schreiben und unsere Ideen widerrufen. Sie haben schon Loyalitätserklärungen vorbereitet, die wir unterschreiben sollen. Einige haben es getan, da sie unfähig waren, das Elend und die Martern länger zu ertragen. Aber es gibt auch manche, deren Geist trotz allem stark bleibt und die es ablehnen, ihre Ideale zu verraten. Ich bedaure, daß ich euch keine besseren Nachrichten schreiben kann, aber wozu sollten wir unsere Lage verheimlichen? Manche würdet ihr hier kaum wiedererkennen. Wir sind nur noch die Schatten der Menschen, die ihr gekannt habt, fast alle Invaliden. Wenn ihr mich sehen könntet, würdet ihr mich nicht erkennen. Ich kann nur noch mit einem starken Stock gehen, meine Füße sind seit 1927 teilweise gelähmt, und jetzt wird meine rechte Hand auch sehr schlecht. Deshalb ist meine Handschrift auch sehr schlecht. Das schlimmste ist, daß schlimmste ist, daß ich gerade die rechte Hand brauche, denn ich bin Zimmermann. Wie soll ich ohne sie arbeiten? ...

Endlich komme ich herunter von den Solowetzki-Inseln und beeile mich, euch ein paar Zeilen zu senden. Zuerst möchte ich euch für die dauernde Hilfe danken, die wir von euch bekommen haben, zugleich im Namen all unserer Leute in dieser eisigen Hölle. Jedesmal, wenn wir Geld bekamen, schrieb ich eine Bestätigung. Aber alle meine Briefe wurden mir zurückgegeben . . . Viele Kameraden sind noch auf den Solowetzki-Inseln, auch A. Wie es ihnen geht, wißt ihr selbst, besonders As Gesundheit läßt zu wünschen übrig, aber er flößt noch anderen Mut ein mit seinem heiteren Geist. Ich habe das bekommen, was man „minus 6" nennt, d. h. daß es mir verboten ist, in einer der sechs größten Städte (Moskau, Leningrad, Kiew, Baku, Odessa, Charkow) zu leben. Ihr wißt, wie schwer es ist, in den kleineren Städten Arbeit zu finden, aber ich habe glücklicherweise eine Gelegenheitsarbeit bekommen. Es ist nur vorübergehend, ich arbeite als Hafenarbeiter und trage schwere Lasten. Jedoch bin ich froh, wenigstens das bekommen zu haben. Meine größte Sorge ist meine Familie, bestehend aus meiner Frau und drei Kindern. Meine Frau arbeitet, verdient aber sehr wenig. Sie bekommt 40 Rubel im Monat, davon muß sie 15 Rubel Miete ohne Heizung bezahlen. Dann gehen noch die Abzüge für Regierungszwecke ab. Es bleibt sehr wenig, und ich verdiene grade genug für mich selbst. Ich sende euch Grüße von allen Kameraden, die auf der Insel geblieben sind.

* * *

Ich bin gerade per Schub in meinem Verbannungsort in Narym angekommen. Wir waren einen ganzen Monat unterwegs. Als schwache Frau wurde ich unterwegs krank. Die Begleitmannschaft ließ mich zurück, zusammen mit einem anderen kranken politischen Gefangenen wurde ich den Ortsbehörden eines kleinen Dorfes überzeben, durch das wir kamen. Alle sieben oder acht Kilometer wurden wir anderen Behörden überzeben und in jedem Ort sagte man uns, daß es keine Pferde gebe, um unsere Reise fortzusetzen. Die Tiere waren allerdings erbärmlich anzusehen, man konnte alle Rippen zählen, sie waren halbtot von der Feldarbeit und erbärmlich gekleidet. In jedem Dorfe fürchteten die Kutscher, daß die armen Pferde nicht den nächsten Wechselplatz erreichen würden. Das waren die „Kollektivwirtschaften", und überall Hunger und Not. Auf dem Wege bekamen wir nur Kartoffeln, weil die Bauern uns weder Brot noch Milch verkaufen konnten. Sie hatten selbst nichts. Jetzt bin ich hier in Narym, und die Erinnerung an die schrecklichen und herzzerreißenden Szenen, die ich auf dem Wege sah, läßt mich mein eigenes Los vergessen. Wir müssen euch leider mitteilen, daß die Bedingungen im Werchne-Uralsker politischen Gefängnis immer schlimmer werden. Kürzlich wurden die politischen Gefangenen dort zur Strafe mit kaltem Wasser übergossen, und es war noch strenger Winter ... Unser Freund M. schreibt, wir sollen ihm gratulieren: er hat sein zehntes Jahr in Sowjetgefängnissen vollendet! ...

* * *

Die Lebensbedingungen in Rußland.

In den letzten Jahren habe ich Gelegenheit gehabt, das Leben der Bauern, besonders in Sibirien kennenzulernen. Meine Eindrücke sind sehr schlecht. Die ältesten Leute und ein Teil der Jugend gehen regelmäßig zur Kirche, jedoch bringen die meisten jüngeren ihre Zeit in den Klubs zu. Die letzteren dienen jedoch keineswegs als Erziehungsstätten. Es wird dort wenig gelesen oder studiert. Es sind Orte, wo die Burschen und Mädchen miteinander bekannt werden spielen und flirten. An kirchlichen Feiertagen ist das ganze Dorf betrunken. So feiert man eben. Wenn sie nüchtern sind, leben sie in beständiger Erwartung. Worauf warten sie? Ihr mögt es für unglaublich halten, aber es ist eine traurige Tatsache, daß sie fest an das baldige Kommen des Antichrist glauben! Männer und Frauen kommen fast jeden Tag zu uns und frazen über das Kommen des Antichrist, weil sie glauben, daß die „Intellektuellen", wie sie uns nennen, genau Bescheid wissen und nur das „finstere Volk" in Unkenntnis darüber halten: Kein Argument verfängt. „Wie," sagen sie, „gab es je eine Zeit, wo es in unserem reichen Sibirien an Getreide oder an Fleisch fehlte. Es ist das Werk des Antichrist, der uns in die Kollektivwirtschaften treibt, wir müssen alle vor Hunger sterben, und dann wird der Böse selbst kommen." Hierbei ist das Kommen des Antichrist ziemlich zweifelhaft, aber daß es kein Getreide und kein Fleisch gibt, das ist bittere Wahrheit. Die Kollektivwirtschaften nehmen es durch Zwangsmittel. Die Bauern müssen eintreten und ihr Vieh und Inventar einbringen. Es muß hart für die Bauern sein, das alles mit anzusehen, aber wer den untertänigen Geist der „Muschiks" kennt, weiß, daß man „ein Seil aus seiner Haut drehen" kann, wie man hier sagt. Indessen kommt in manchen Orten ein immer stärker werdender Rebellionsgeist auf, aber das ist mehr im Westen. Da sind sogar schon richtige Aufstände gewesen. Jedoch im Osten von Sibirien ist das mit eiserner Faust unterdrückt worden. Es ist schrecklich und unglaublich, bis zu welchem Grade das geschehen ist.

*

Hier in Mittelrußland hat die Zentralisierung immer ihren Gipfel erreicht und die Resultate sind furchtbar. Die Hand des Diktators ist überall, und seine tausend Augen ruhen auf jedem Einwohner. Die politischen Gefangenen, die hierher in die Verbannung geschickt werden, können nie frei werden. Nachdem ihre Gefängniszeit um ist, bekommen sie einen „gelben Schein", von dem sie ihr ganzes Leben lang nicht loskommen.

K. hat gearbeitet, aber neulich wurde er hinausgeworfen. Als früherer Verbannter ist er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wo er 12 Jahre Mitglied gewesen war. Wenn er einmal aus der Gewerkschaft ist, bekommt er als „Lischenez", als aller politischen und anderer Rechte Beraubter, keine Arbeit mehr. Als ob das noch nicht genug wäre, nehmen sie ihm jetzt noch seine Wohnung. Er und seine Familie werden die Stadt verlassen müssen, denn sie können hier nichts bekommen. Aber in einer anderen Stadt sind die Augen des Diktators auch überall, — was soll aus unserem Freund werden? Er ist ein „Lischenez" gebrandmarkt, was dasselbe wie „Kulak" heißt, sein Schicksal ist besiegelt. Sogar seine Kinder werden zu Märtyrern. Seine älteste Tochter wurde kürzlich aus der Universität gejagt, obwohl sie bereits das letzte Jahr dort war. Nur deshalb weil ihr Vater ein „Lischenez" ist. Drei Jahre lang wurde sie in der Universität als Tochter eines Proletariers betrachtet, plötzlich im vierten Jahre bekommt sie den Stempel „Kulak", weil ihr Vater bei dem Regime in Ungnade gefallen ist.

Ich könnte euch noch von vielen ähnlichen Fällen schreiben, wenn das Papier nicht so knapp wäre. Besonders charakteristisch ist das Schicksal unseres Kameraden C. Ihr wißt, daß er einer von der alten Garde ist, ein Revolutionär mit einer reichen Vergangenheit, auch mit Gefängnis und Verbannung in der Zeit der Romanows. Noch mehr, er ist der Sohn und der Enkel von Arbeitern und hat selbst seit seiner Kindheit gearbeitet. Kurz und gut, er ist das, was man hier einen erblichen, hundertprozentigen Proletarier nennt. Vor nicht langer Zeit wurde er aus unbekannten Gründen verhaftet und nach dem fernen Norden verbannt. Seine Frau und seine zwei Kinder blieben ohne eine Kopeke und ohne ihren Ernährer zurück. Die servile Gewerkschaft, der C. angehörte, in der er sogar von den Arbeitern mehrmals ins Exekutivkomitee gewählt wurde, schloß ihn als Politischen aus. So wurde er offiziell ein „Lischenez". Dann wurde die Rache auch auf die Familie erstreckt. Seine Tochter A., die erst 5 Jahre alt ist, wurde aus der Schule gewiesen, als Kind eines „Lischenez".

V.

Der österreichische Faschismus

Das ist der Sozialdemokratismus.

Osterreich ist — und zwar nicht seit heute und gestern — zweifellos in voller Umwandlung zum Faschismus nach dem System Mussolini. Das erkennt und darüber schreit seit Monaten die österreichische wie die deutsche Sozialdemokratie und ihre Presse. Die Bauernjungs, die entwurzelten Monarchistenklippen und ein nicht unbedeutendes Intellektuellenproletariat bewaffnen sich und provozieren die Arbeiter immer frecher unter dem Schutz der „Wehrmänner", d. h. des legalen staatlichen Militarismus unter dem Mussolini-Faschinen Vaugoin. Auch über diesen Vaugoin tobt die sozialdemokratische Presse als über den lebendigen Gottseibeiuns, als über den Reaktionär und Bluthund der er wirklich ist. Wer nun die Werkzeuge dieses Faschisten sind, die die illegalen bewaffneten Faschistentruppen schützen und bewachen und die Proleten niederknüppeln, darüber lassen wir am besten — um jeden Zweifel auszuschließen — den Vorwärts berichten. der im 15. November einen Eigenbericht seines Wiener Korrespondenten vom 14. November über die Nationalratswahlen bringt:

„Von 6652 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. **Davon erhielten die Sozialdemokraten 2311 Stimmen**, die Christlichsozialen 2240, der Schober-Block 480, der Heimatblock 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen. **Danach hat die Sozialdemokratie die anderen Parteien auch in den Kasernen überflügelt."**

Also: Am Aufbau des Faschismus arbeiten 461 Hakenkreuzler und 4550 oder zehnmal soviel Schwarze und „Rote". was dasselbe ist, wie in Deutschland die Weimarer Koalition. Das es die Sozialdemokratie ist, die auch in Oesterreich dem Faschismus in den Sattel hilft, das hat jeder denkende Arbeiter auch ohne Bisher gesehen. Jetzt aber bestätigt es die Sozialdemokratie schwarz auf weiß. Und das sollte für die Denkunfähigen auch was bedeuten.

Aus der Wirtschaft

Das ist der Preisabbau

Produktionseinschränkung zwecks Preissteigerung.

Das Kupferkartell hat „zur Stützung der Kupferpreise" eine Einschränkung der Produktion um monatlich 20 000 Tonnen, also jährlich 240 000 Tonnen angeordnet. Da der Weltverbrauch — die Kupferproduzenten der ganzen Welt sind in dem Kartell — im Jahre 1929 etwa 1,75 Millionen Tonnen betrug, in diesem Jahre aber sicher viel weniger —, bedeutet das eine Einschränkung um rund 20 Prozent. Die Kupferpreise sind denn auch plötzlich von 9,5 auf 13 Cts., also um mehr als 30 Prozent, hinaufgeschnellt. Kupfer als Rohstoff der Elektrowirtschaft ist ein ausschlaggebender Preisregulator für die gesamte Weltwirtschaft.

Die Mansfeld AG., der maßgebende deutsche Kupferproduzent, droht ihre Betriebe einzustellen und die 12 000 Arbeiter zu entlassen, falls sie die Preise abbauen muß und keine Staatshilfe erhält.

*

Wer Preise abbaut, wird bestraft.

Der Zigarrenhändler Rudolf Bergmann, Berlin, Rosenthaler Straße 10, hatte den Schmus vom Preisabbau ernst genommen und u. a. seine Zigarettenpreise um etwa 10 Proz. herabgesetzt. Dafür wurde er von einem Gericht der Republik zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Die Strafe — 7800 Mark plus 41 Gebühren — wurde am Donnerstag, den 13. November 1930, **auf Grund eines Beschlusses des Kammergerichts** bei ihm durch Zwangsvollstreckung erhoben!

Kläger ist die Preisschutzstelle der Zigarettenfabrikanten. d. h. des Reemtsma-Neuerburg-Konzerns, der etwa 80 Prozent der deutschen Zigarettenproduktion besitzt. Von dieser wurde dem Händler gesagt, er könne prozessieren, so lange er wolle, er verliere doch. Die Zigarettenfabrikanten hielten länger aus und würden ihn ruinieren. — Die Kapitalisten kennen ihre Gerichte und ihre Republik, und wissen, wie der Preisabbau der Regierung und ihrer Gewerkschaften gemeint ist.

Das sind nur zwei Fälle, die augenscheinlich sind. So verhält es sich mit dem ganzen Preisabbaugeschrei, das vom Kapital durch seine Trabanten inszeniert wird, um den Aderlaß am Proletariat zu übertönen. Die Herrschaften wissen, daß dem Proleten der Magen etwas weniger knurrt, wenn ihm etwas Tumult vorgemacht wird. Wo anders werden die Preise um 1 Mk., die Löhne um 4 Mk. abgebaut. Der Lohnabbau ist vom Kapital und den Gewerkschaften in Oeynhausen beschlossen worden und die Proleten haben zu kuschen. Es sei denn, sie nehmen ihre Geschicke in die eigene Hand und beschließen selbst — und zwar als erstes die Zertrümmerung der Gewerkschaften als der festesten Stützen des Kapitals.

12 Prozent Lohnabbau in Italien

Der faschistische Ministerrat hat ein Gesetz angenommen, das ab 1. Dezember die Gehälter sämtlicher Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter des Staates und aller übrigen öffentlichen Körperschaften und halbstaatlichen Gesellschaften **um 12 Prozent** kürzt. Von dieser Kürzung werden ebenfalls die Familien-, Teuerungs- und sonstigen Zulagen betroffen.

Der Ministerrat begründete diese Maßnahme damit, daß die Löhne fast aller Arbeiterkategorien in den letzten Monaten eine erhebliche Kürzung erfahren haben.

Die internationale Krise, die auch vor Italien nicht halt gemacht hat, zwingt auch den Faschismus, den Lohnstandard der internationalen Massen herabzuwürdigen. Der wachsende soziale Gegensatz wird auch wieder das Erwachen des italienischen Proletariats und somit die Götterdämmerung für das faschistische Regime bringen.

*

Die neuesten amtlichen Ziffern über die Arbeitslosigkeit in Italien weisen im Vergleich zu den Ziffern des Monats September eine starke Steigerung auf. Vom 30. September bis 31. Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 42 000 auf 447 000 gestiegen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist auch in Italien weit höher und übersteigt die eine Million. Von den 447 000 amtlich gemeldeten Arbeitslosen erhalten nur 150 000 Unterstützung.

Schiedsspruch für die Stettiner Metallarbeiter

Für die Stettiner Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der **einen Lohnabbau von 2 bis 5 Pfennig** die Stunde oder 4 bis 6 Prozent, je nach Höhe der bisherigen Verdienste, ab 1. Dezember vorsieht. Auch der Manteltarif sieht Verschlechterungen vor. Das neue Lohnabkommen kann erstmalig zum 30. Juni 1931 gekündigt werden.

So wütet jetzt überall die Schlichtungsmaschine.

Die Frankfurter Metallindustriellen kündigen ebenfalls

Der Verband der Metallindustriellen für das Gebiet Frankfurt a. M. hat ebenfalls den Lohntarif für das dortige Gebiet zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Wie überall, so fordern auch hier die Metallindustriellen einen Lohnabbau und zwar von 15 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1931.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. **Bezirk.** Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. **Bezirk.** Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. **Bezirk:** Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchholstr. 5
15. **Bezirk.** Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. **Bezirk.** Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Reich

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 48

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 29. November 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

„Das geschieht Euch recht!"

Im Kriege leckten die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften dem Generalfeldmarschall Hindenburg die Stiefel. Heute lecken sie dem Reichspräsidenten Hindenburg die Stiefel. Sie möchten das immer noch ein bischen anonym machen, möchten ihre jämmerliche Rolle ein bischen verschleiern. Aber es gibt kein Pardon mehr. Die Hunde durften das Wild zur Strecke bringen, nachdem heißt es: „Kusch!"

Das Geschwätz von der „Schaffung von Kaufkraft" durch Lohnerhöhung ist abgelöst worden durch Lohnabbau mit Hilfe des sozialdemokratischen Herrn Sinzheimer. Der Mann tat das — im Auftrage seiner Partei — um „noch schlimmeres zu verhindern." Aber er tat es. Die Kapitalisten brauchen in Zukunft nur immer „viel schlimmeres" fordern, als sie wirklich beabsichtigen, und prompt werden die Wünsche erfüllt. Hündisch — dumm kläfften die Bonzen den Betrug von dem „Preisabbau" nach, trotzdem sich ihre Steuerpolitik erst richtig auswirken wird. Sie wollten immer noch ablenken, indem sie den Hohn ihrer Auftraggeber auftragsgemäß blutig ernst nahmen. Nun hat auch dieses Manöver ein Ende.

Die Stadt Berlin ist wieder einmal bankerott. Das demokratische Wasser ist bis auf den letzten Tropfen verdunstet. Die „Notverordnungen" Brünings verlangen noch größere „Sparsamkeit". So groß, daß sich die Städtväter ein wenig gruseln. Die Wahlfügen sind noch in frischer Erinnerung. Man sprach bezüglich des „Preisabbaus" auch von der Herabsetzung der städtischen Tarife, davon, daß die Stadt als Arbeitgeber doch den Anfang machen müsse. Was nun?

Ganz einfach! Wozu hat man denn eine Preußenregierung, diese demokratische Fahrt in der faschistischen Brandung! Wozu einen Severing, der einen Staatskommissar einsetzen kann! Das ist Hilfe für die Brüning-Regierung! I wo! Der sozialdemokratische Pressechef hat im Rundfunk bekanntgegeben, daß das heute so der Brauch ist, und daß das Verwaltungsrecht der Stadt Berlin dadurch nicht angetastet wird, daß es außer Kraft gesetzt wird. Der Mann hat in der Tat Recht. Dieser Pfunder von demokratischem Schein hatte nie einen praktischen Wert. Ob der vor der Bühne des Theaters hängt, oder auf dem demokratischen Misthaufen liegt, ist Jacke wie Hose. Der ist nur dazu da, damit die Proleten bei Wahlen sich die Schädel gegenseitig dafür einhauen. Das haben sie immer redlich getan. Aus!

Dieser Staats- und Sparkommissar tritt sein Amt just in dem Augenblick an, wo die Arbeitslosenwelle **offiziell** die Zahl **3,5 Millionen** anzeigt. Wir brauchen nicht zu erlautern, daß hinter diesen 3,5 Millionen mindestens die doppelte Zahl unregistrierter und Angehöriger der Registrierten stehen, die mit den „Hauptunterstützungsempfängern" hungern und verhungern. Denen soll der Sparkommissar ein bischen rascher das Gas abdrehen. Wohlverstanden: die SPD. und Gewerkschaften haben den Mann nicht gerufen. Das hat Severing gemacht, und er erfüllt seine Pflicht als Minister, wie Sinzheimer seine Pflicht als Schlichter erfüllte. Sinzheimer konnte man — um dem Pöbel einen Sündenbock zu opfern — im Einverständnis mit dem Sündenbock in die Wüste jagen. Was fragt ein Kerl wie Sinzheimer nach dem „Geschrei von der Straße". Bei Severing kann man das nicht. Der Mann ist der rechte Arm der Preußenregierung, und diese ist wieder gezwungen, selbst zu „notverordnen", weil sonst Brüning das tut. Und die Brüning-Regierung ist doch auch nur ein „kleines" Uebel, ein viel größeres lauert im Hintergrunde! Ein viel größeres!!

Diese Verhöhnung der niedergetrampelten Lohnsklaven von Seiten „ihrer" Organisationen wird nämlich gar nicht mehr anerkannt. Den kapitalistischen Blutsaugern droht ihr eigener Schlamassel über den Kopf zu wachsen. Auf die „Unterstützung" der Sozialdemokratie haben diese Herrschaften ja schon immer gepfiffen, weil sie wissen, daß die Bonzekratie vor dem Proletariat eine solche Heidenangst hat, daß sie in Zeiten der Krise noch fanatischer ihren Futtertrog — diesen Staat — verteidigen wie die Kapitalisten selbst. Aber sie wollen auch den Abstimmungs- und Ausschußrummel im Reichstag nicht mehr mitmachen, wollen ihre Pläne nicht gehemmt sehen durch das sozialdemokratische Gesabber. Die Hitlerleute drängen in die Demokratie, und wozu also noch diese

Aus dem weiteren Inhalt:

Die Mitarbeit Friedrich Engels am Werke von Karl Marx
Die Lohnarbeiter
Sozialdemokratische Theoretiker erklären (.In der Krise ist Lohnsenkung notwendig.")
Schmpo-Kosaken vor dem Gericht
Manöver der KPD.
Der Menschenzwinger

Geschichten von „Weimar". Die „Verfassung von Weimar" ist doch „elastisch genug, Millionen umzubringen, ohne daß auch nur ein Fetzen Emaille abspringt. Und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind doch „außerhalb" der Demokratie so fertig wie ein Blutigel im Sand.

Das wissen die Schaubudenbesitzer. Deshalb reißen sie das „Uebergangsregime" ein. Die Wirtschaftspartei hat ihren Mann aus dem Kabinett gezogen, und die Volksparteі stößt kräftig nach. Eine „Regierungskrise" ist also im Anzuge. Die Sozialdemokratie hat als willige Hure die verlangten Schweinereien erledigt, hat dieser Regierung, auf der sie im Wahlkampf demagogisch herumritt, nachträglich das Vertrauen ausgesprochen, hat den „Verfassungsbruch" gedeckt, hat kräftig mitgeholfen, die Lohnabbauöffensive einzuleiten. Mehr ist nicht nötig.

Was nun wird?

Die Sozialdemokratie sagt den Arbeitern: „Das geschieht euch ganz recht!" Sie klopfte sich an die keusche Brust und betete vor, warum sie nichts, auch gar nichts dazu tun kann. Man muß das wörtlich genießen, so schön ist das:

„Eine Rechtsregierung als Diktaturregierung oder eine Rechtsregierung als Mehrheitsregierung mit dem Zentrum oder aber die Regierung Brüning, die, wenn es geht, parlamentarisch regiert, wenn es aber nicht geht, mit einem irgendwie usurpierten Verordnungsrecht — **diese Möglichkeiten scheinen zur Zeit die allein gegebenen!**

Wenn heute vielen die Regierung Brüning als das wahrscheinlich kleinste der zur Zeit möglichen Uebel erscheint, **so ist das eine Folge des verrückten Wahlergebnisses vom 14. September, das die Sozialdemokratie geschwächt, die Mittelpartei, mit Ausnahme des Zentrums, zerschlagen und einen arbeitsunfähigen Reichstag geschaffen hat.**

Die Sozialdemokratische Partei hat allen Grund, diese Lage der Dinge mit vollkommener Nüchternheit zu betrachten. Liebe zur Regierung Brüning und den bürgerlichen Resten der Mitte wird es gewiß nicht sein, was ihr Handeln bestimmen wird. **Aber ebensoweig wird sie ohne Not, aus einer Verärgerung heraus, die tausendmal begreiflich ist, eine Haltung einnehmen, die den schlimmsten Feinden des arbeitenden Volkes und der demokratischen Freiheit hilft, ihre Ziele zu erreichen."**

(„Vorwärts" vom 26. Nov.)

Man hört den Kuli richtig stottern. Es soll auch nicht leicht sein, selbst den deutschen Proleten plausibel zu machen, daß es ein ungeheurer Fortschritt ist, wenn ein Fetzen eines Scheins von „Demokratie" gerettet wird, und daß um dieses Fetzens willen das Proletariat kampf- und kraftlos verrecken soll — weil eine feile Bonzekratie nur eine Angst kennt: die ihres persönlichen Daseins. Und eine solche Partei beschwert sich, daß sie keine Anziehungskraft mehr ausübt. Leider hat sie als schon faulender Kadaver noch viel zu lange das Proletariat vergiften können.

Die parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik erweist sich nun offensichtlich als Putzlappen für die kapitalistische Ausbeutung. Der letzte Nimbus der Führerorganisationen löst sich in Nebel auf. Der offene Zusammenstoß der Klassen ist unvermeidbar. Die Vorbereitung der proletarischen Gegenoffensive, gegen den Kapitalismus mit seinen Demokraten und Pfaffen und Schwätzern wird zur zwingenden Aufgabe. Das kann nur der Aufmarsch der Klasse sein, ohne „Berufs„interessen", ohne Illusionen, ohne Wiederholung der alten Fehler in neuer Gestalt. Ohne neue parlamentarische und gewerkschaftliche Organisationsspielereien. Der Aufmarsch der Betriebe mit dem Willen: Einheit der Klasse, Streik, Aufstand, Diktatur des Proletariats durch die proletarischen Räte aus den Betrieben und Schächten!

Erschießen! Erschießen!

Unter dieser Schlagzeile veröffentlicht die „Rote Fahne" Briefe aus ihrem Leserkreis, in denen zu dem jetzt in Moskau tagenden Prozeß gegen die „Industriepartei" Stellung genommen wird. Seit Beginn des Fünfjahresplanes werden von der GPU. Verschwörungen von Spezialisten gegen den wirtschaftlichen Aufbauplan der Sowjetregierung entdeckt. Es, ist nun charakteristisch, daß diese Entdeckungen regelmäßig dann erfolgen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einer starken Verbitterung der Bevölkerung gegen das Regime der russischen Bürokratie geführt haben. Der erste Prozeß fand im Jahre 1928, der sog. Schachtyprozeß statt, in dem der Nachweis erbracht werden sollte, daß das deutsche Kapital in Verbindung mit russischen Ingenieuren bewußt eine Desorganisation der russischen Wirtschaft, insbesondere des industriellen Aufbaues durchgeführt hatte. Im Anschluß an diesen Prozeß setzte dann eine ungeheure Propaganda für die stärkere Aktivierung des Fünfjahresplanes ein. Das Hauptgewicht wurde auf die Kollektivierung der Landwirtschaft gelegt und dafür besonders die russische rev. Jugend eingespannt. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein katastrophaler Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Gerade die besonders stark propagierte Errichtung von staatlichen Getreidefabriken erwies sich als eine vollkommene Fehlkalkulation. Die Anbringung an Getreide blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Dies wurde offiziell mit der mangelnden Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen begründet. Es kam noch weiter hinzu, daß der jahrelang betriebene Raubbau und die mangelnde Erneuerung zu einem völligen Chaos des Transportwesens führten. Es wurde von uns schon immer betont, daß der bisherige Aufbau der russischen Industrie und des Transportwesens im wesentlichen auf der Instandsetzung der vor dem Kriege vorhandenen Produktionsmittel beruhte und daß die Katastrophe dann eintreten würde, wenn diese Produktionsmittel vollkommen abgenutzt sind. Dies ist nun augenblicklich der Fall. Aus diesem Grunde mußte wieder einmal nachgewiesen werden, daß nicht etwa die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung und ihr mangelnde Einsicht in die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch schuld sei, sondern daß hier wiederum eine Verschwörung die Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen hat.

Diese Version mußte um so mehr aufrecht erhalten werden, als von der russischen Regierung sowohl im In- als auch im Auslande immer wieder betont wurde, daß Rußland das einzige Land auf der Welt sei, welches nicht von der Weltwirtschaftskrise berührt wird. Gerade damit sollte bewiesen werden, daß die russische Wirtschaft vollkommen unabhängig von der in der übrigen Welt bestehenden kapitalistischen Wirtschaft sei. Die Propaganda dieser Auffassung war auch zum Nachweis der Theorie von der Möglichkeit der Aufrichtung des Sozialismus in einem Lande notwendig. In Wirklichkeit hat aber die Weltwirtschaftskrise in ganz außerordentlichem Maße das Wirtschaftsprogramm der russischen Regierung berührt. Es ist dies auch ganz selbstverständlich, wenn man davon ausgeht, daß der Aufbau der russischen Wirtschaft im wesentlichen auf der Einfuhr von ausländischen Maschinen und Produktionsmitteln beruhte. Der Fünfjahresplan sah ja gerade eine fortwährende Steigerung der Ausfuhr und der Einfuhr vor. Während die Industrieproduktion nach den offiziellen Angaben Stalins im Jahre 1927-28 122 Proz., im Jahre 1928-29 142,5 Proz. und im Jahre 1929-30 (voraussichtlich) 180 Proz. der Vorkriegserzeugung erreicht hat, betrug der Gesamtumsatz des Außenhandels (Einfuhr plus Ausfuhr Rußlands 1926—27 47,9 Proz., 1927-28 58,6 Proz., 1928-29 67,9 Proz. und 1929-30 (voraussichtlich) etwa 80 Proz. des Vorkriegsstandes. Dieses Mißverhältnis

B2